

# AKTUELLE UNTERLAGEN

Nr. 46/2004 • MAI

WIRTSCHAFT & GESELLSCHAFT

LEHRERINFORMATION

Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule AWS

Wiedner Hauptstraße 63

Postfach 109

1045 Wien

Telefon: (01) 504 34 52

Fax: 05 90 900 261

Homepage: <http://wko.at/aws>

E-Mail: [argews@wko.at](mailto:argews@wko.at)



**AWS**

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG</b>	<b>2</b>
<b>2 KONSUMAUSGABEN UND EINKOMMEN ÄLTERER PERSONEN</b>	<b>5</b>
<b>3 DIE EINKOMMENSFINANZIERUNG IM ALTER</b>	<b>8</b>
<b>4 ÜBERALTERUNG IM GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN KONTEXT</b>	<b>12</b>
<b>5 ÜBERALTERUNG, WAS NUN? DIDAKTISCHE ANREGUNGEN</b>	<b>15 18</b>

### HINWEIS:

In Bezug auf bessere Lesbarkeit werden geschlechtsspezifische Bezeichnungen nur in ihrer männlichen Form ausgeführt. Die Unterlage richtet sich selbstverständlich gleichermaßen an weibliche und männliche Personen.

## DER DEMOGRAFISCHE WANDEL UND DAS WIRTSCHAFTSSYSTEM

Was bedeutet eine immer älter werdende Bevölkerung für Staat und Wirtschaft?

*DR. RALF KRONBERGER*

Die Sicherung des Lebensstandards im Alter rückt zunehmend in den Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Diskussion. Auch bei der Werbung ist dieser Trend zu beobachten. Die Bewerbung von Altersvorsorgeprodukten nimmt mittlerweile einen nicht unwichtigen Platz in der Werbelandschaft ein. Eine der Werbebotschaften ist, dass man sich im Alter Wünsche erfüllen kann, die man sich aus Zeit- oder Geldmangel während des Erwerbslebens nicht erfüllen konnte. Zur Erfüllung dieser Wünsche wird man aber auch das nötige Kleingeld brauchen. Die Eigenvorsorge, das Ansparen von Kapital zur späteren Verwendung im Alter, wird so als ein Weg für die Sicherung des Lebensstandards im Alter aufgezeigt.

In der Politik war das Thema der Alterssicherung in letzter Zeit durch gesellschaftliche Spannungen geprägt. So wurde die im letzten Jahr beschlossene Pensionsreform bestreikt. Die Reform 2003 hat zum Inhalt, dass jetzt aktive Arbeitnehmer in Zukunft mit geringeren Pensionsansprüchen ihr Auslangen finden müssen als frühere Generationen, die bereits jetzt ihre Pension beziehen. Bislang vergleichsweise kleinere Reformanstrengungen im Gesundheitsbereich wurden und werden von der Öffentlichkeit ebenfalls aufmerksam beobachtet. Notwendig wurden und werden diese Reformen vor allem aufgrund der demografischen Entwicklung: Unsere Gesellschaft ist aktuell mit Geburtenrückgängen konfrontiert.

Das bedeutet für die Zukunft, dass einerseits **ältere Menschen** einen **immer größeren Anteil** innerhalb der Bevölkerung einnehmen und andererseits, **dass das Bevölkerungswachstum langfristig stagniert** oder ohne entsprechende Gegenmaßnahmen die Bevölkerungszahl **sogar rückläufig** sein wird. Eine immer höhere Lebenserwartung bringt nicht nur Probleme für die Pensionsfinanzierung, sondern bedeutet auch einen höheren (finanziellen) Aufwand für die medizinische und soziale Betreuung älterer Menschen.

Neben dem öffentlichen Sektor sind für die **Wirtschaft** massive Veränderungen durch den demografischen Wandel zu erwarten. Die Wirtschaft muss sich nicht nur auf immer **ältere Arbeitnehmer** sondern auch auf eine veränderte und **möglicherweise geringere Konsumnachfrage** aufgrund der Überalterung einstellen. Immer weniger aktive Arbeitnehmer werden voraussichtlich auch eine geringere Arbeitsproduktivität bringen. Es ist damit zu rechnen, dass sich das Wirtschaftswachstum dadurch verlangsamen wird.

Bevor nun auf wirtschaftliche Aspekte der Überalterung eingegangen wird, werden im Folgenden zuerst die Eckpunkte der erwarteten demografische Entwicklung bis zum Jahr 2050 dargestellt.

## 1 DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

In den nächsten viereinhalb Jahrzehnten werden einige deutliche Veränderungen in der österreichische Bevölkerungsstruktur signifikant werden. Die demografischen Prognosen der Statistik Austria gehen davon aus, dass die **Geburtenzahlen bis zum Jahr 2050 deutlich rückläufig** sein werden. Während sich im Jahr 2002 die Geburtenziffer auf 78.399 belief, ist im Jahr 2050 nur mehr mit 62.600 Geburten zu rechnen. Die **Sterbeziffer** wird sich genau **entgegen gesetzt** entwickeln. Im Jahr 2002 wurden 76.131 Sterbefälle verzeichnet. Für das Jahr 2050 wird mit einem Anstieg auf 104.900 Sterbefälle gerechnet. **Ohne** Berücksichtigung von **Zuwanderungen** wäre zu erwarten, dass in der Mitte des laufenden Jahrhunderts die **Bevölkerung** jährlich etwa um ein halbes Prozent **schumpfen** würde. Der **positive Zuwanderungssaldo** in Österreich – das ist die Differenz aus den Zu- und Abwanderungen – betrug während der letzten Jahre zwischen 15.000 und 25.000 Personen. Ähnliche Nettozuwanderungen werden auch zukünftig erwartet, wodurch ein Bevölkerungsrückgang, der ohne Zuwanderung bereits ab dem Jahr 2004 einsetzen würde, gemäß Prog-

nose erst aber ab dem Jahr 2028 zu verzeichnen sein wird. Im Jahr 2002 belief sich die gesamte österreichische Bevölkerung auf 8,05 Millionen Personen. Das Maximum von 8,43 Millionen Personen wird im Jahr 2027 erreicht sein. Danach ist mit einem kontinuierlichen Rückgang auf 8,15 Millionen Personen zu rechnen. Um **2050** wird dann ein **jährlicher Bevölkerungsrückgang** von rund **20.000** Personen erwartet.

Zuvor wurde bereits angeführt, dass die Geburtenzahl im Verlauf der Jahre deutlich zurückgehen wird. Grund dafür ist, dass der Anteil junger Frauen rückläufig ist und die Geburtenrate bei konstant 1,4 Kinder pro Frau bleiben wird. Die **Geburtenrate fiel** bereits im Verlauf des **20. Jahrhunderts sehr stark** – ausgehend von einem Spitzenwert von vier Kindern im Jahr 1900. Begleitet wird diese Entwicklung von einer schon seit längerer Zeit zu beobachtenden **steigenden Lebenserwartung**. Die Lebenserwartung bei Geburt steigt bei Männern bis 2050 um 7,2 Jahre auf 83 Jahre an. Bei den Frauen erhöht sich die Lebenserwartung bis 2050 um 6,3 Jahre auf 88 Jahre. Die steigende Lebenserwartung ist allerdings nicht erst ein Phänomen des 21. Jahrhunderts, sondern prägte bereits das 20. Jahrhundert sehr stark. Anfang der 20. Jahrhunderts betrug die Lebenserwartung eines Mannes bei Geburt knapp über 40 Jahre, 1951 62,4 Jahre und 2002 75,8 Jahre. Bei den Frauen ergibt sich ein ähnliches Bild. Im direkten Vergleich fällt also die Veränderung der Lebenserwartung in der ersten Hälfte

### Ursachen für den Rückgang der Geburtenrate

„In Deutschland zum Beispiel führte die Industrialisierung dazu, dass die Sterblichkeit bis zum ersten Weltkrieg erheblich sank“, erläuterte Christoph Buchheim, Professor für Wirtschafts und Sozialgeschichte in Mannheim.

Mit dem wirtschaftlichen Wachstum sank jedoch nicht nur die Sterblichkeit, sondern auch die Fertilität. „Grund dafür war, dass die Kinder ihren Eltern einen immer geringeren Nutzen brachten“, so Buchheim. Dieser Nutzen habe sich noch weiter verringert, als Ende des 19. Jahrhunderts die Rentenversicherung in Deutschland eingeführt wurde. Die Sozialversicherungsgesetzgebung hat den Grundstein für ein weiteres Absinken der Fruchtbarkeit gelegt.“

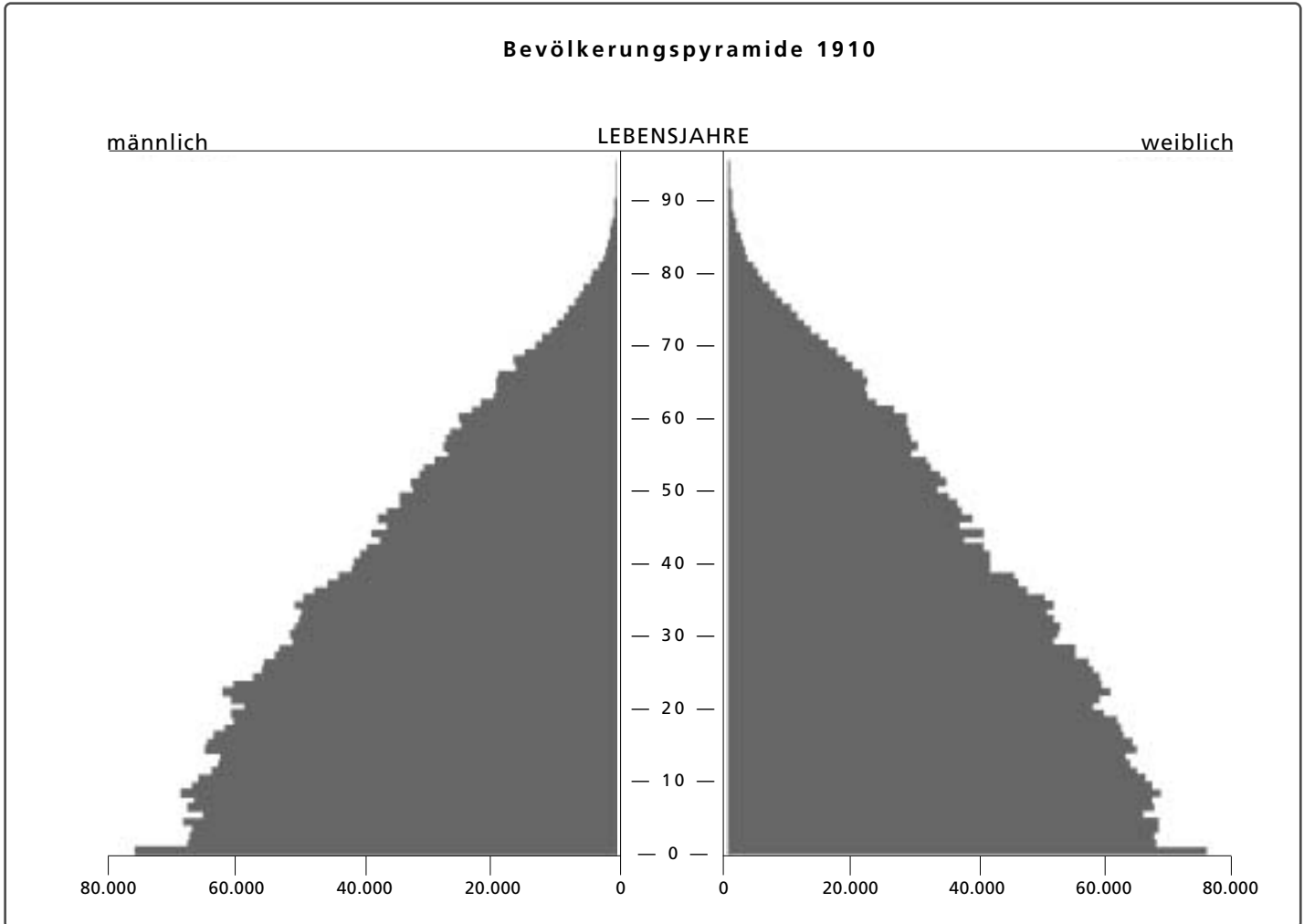
(mea newsletter No. 07 01/2004)

des 21. Jahrhunderts zwar nicht so dramatisch aus, nichtsdestotrotz ist die Gesellschaft bei einem Punkt angelangt, wo das **steigende Alter den Geburtenrückgang nicht mehr ausgleichen** kann. Bei Betrachtung der nachfolgend abgebildeten Bevölkerungspyramiden wird eine absolut drastische Veränderung der Bevölkerungsstruktur zwischen 1910 und dem Jahr 2001 deutlich.

Während sich vor knapp 100 Jahren die Altersgruppen – auch Alterskohorten genannt – von jünger nach älter kontinuierlich verkleinerten und die Abbildung der Form nach tatsächlich eine Pyramide darstellt, bildet die grafische Darstellung der Bevölkerungsstruktur für das Jahr 2001 eher eine Glocke (siehe **ABBIL-**

fortsetzt. Die Zahl der unter 15jährigen belief sich im Jahr 2001 auf 1,35 Millionen. Für 2015 wird ein Rückgang auf 1,17 Millionen, 2030 bis auf 1,11 Millionen und 2050 bis auf knapp unter 1 Million prognostiziert. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis 59 Jahre) wird bis 2013 aufgrund der

**ABBILDUNG 1: ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNGSPYRAMIDE 1910**, Quelle: Statistik Austria



**DUNG 2**, Seite 4). Während der beiden Weltkriege sowie der Wirtschaftskrise in den frühen 30er Jahren sind eher geburtenschwache Jahrgänge beobachtbar. Das sind die heute 85- und 60- bis 65jährigen. Der große „Bauch“ wird von der sogenannten Baby-Boom-Generation der heute 30- bis 40jährigen repräsentiert. Ein etwas kleinerer „Bauch“ ist noch bei der Generation der heute 60jährigen zu erkennen.

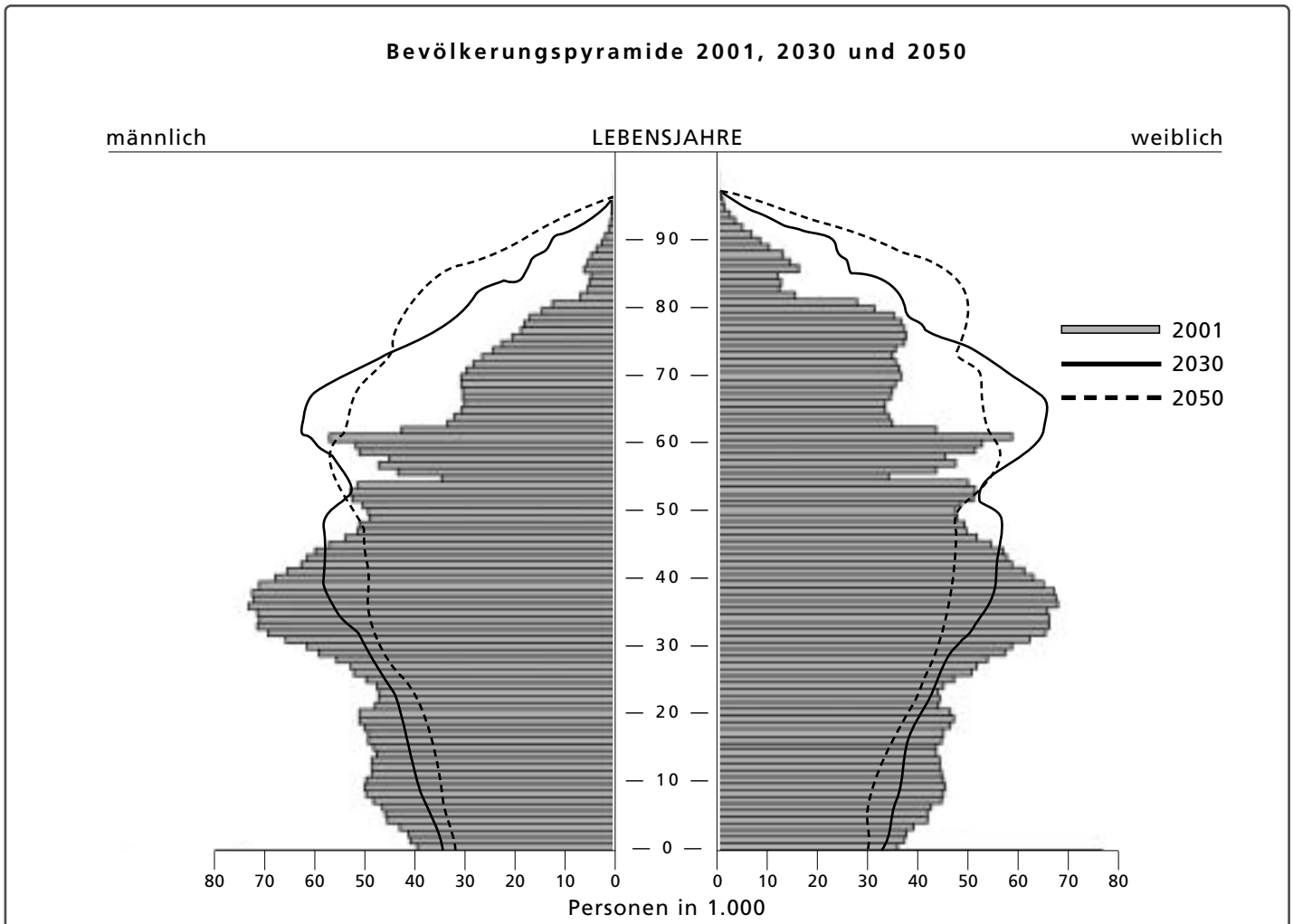
In **ABBILDUNG 2** (Seite 4) zeigt die schwarze Linie die Bevölkerungsstruktur für das Jahr 2030. Deutlich erkennbar ist, dass sich der „Bauch“ der Baby-Boom-Generation – schon leicht abgeflacht – nach oben verschoben haben wird. Bei Kindern und Jugendlichen ist im Vergleichszeitraum ein deutlicher Rückgang wahrnehmbar, der sich mit ähnlicher Deutlichkeit bis ins Jahr 2050

#### Die Altenquote

Wenn man die erwerbsfähigen Altersgruppen (15 bis 59 Jahre) mit der 60+ Generation in Beziehung setzt, erhält man die sogenannte Altenquote. In der Fachliteratur ist es üblich, die erwerbsfähige Gruppe auf unter 60jährige zu begrenzen, obzwar beispielsweise in Österreich das formale Pensionsantrittsalter der Männer 65 Jahre beträgt.

Aus **TABELLE 1** kann man so errechnen, dass im Jahr 2001 auf einen Pensionisten drei erwerbsfähige Personen kamen. Bis 2050 wird sich die Verhältnis auf 1,4 reduziert haben. Diese Maßzahl ist insbesondere für die Beurteilung der Nachhaltigkeit der Pensionsfinanzierung von Bedeutung.

ABBILDUNG 2: ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNGSPYRAMIDE 2001, 2030 UND 2050, Quelle: Statistik Austria



Zuwanderung von 4,98 Millionen im Jahr 2001 auf 5,13 Millionen ansteigen. In Folge ist dann mit drastischen Rückgängen zu rechnen: 2030 befinden sich in dieser Kohorte 4,61 Millionen Per-

sonen und 2050 nur mehr 4,23 Millionen Personen. Davon ausgehend, dass es bei der Gesamtbevölkerungszahl keine zu großen Veränderungen geben wird, findet die **Strukturveränderung** vor allem **im Anstieg der über 59jährigen** ihren Niederschlag. Im Jahr 2001 war die 60+ Generation knapp 1,7 Millionen Personen stark. Bis 2050 wird sich diese Zahl stetig bis auf knapp unter 3 Millionen Personen erhöhen. Die 60+ Generation wird innerhalb von weniger als 50 Jahren um 70 % ansteigen. Das **Durchschnittsalter** der österreichischen Bevölkerung wird sich dadurch im glei-

TABELLE 1: ENTWICKLUNG DER ÖSTERREICHISCHEN BEVÖLKERUNG – GESAMTZAHL UND STRUKTUR, Quelle: Statistik Austria

Jahr	BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG ÖSTERREICHS 2001 BIS 2050			
	Bevölkerung (in 1.000)	Bevölkerungsstruktur (in %)		
		0 bis 14 Jahre	15 bis 59 Jahre	60 und mehr Jahre
2001	8.031,6	16,8	62,0	21,1
2015	8.347,9	14,1	61,3	24,6
2030	8.420,8	13,2	54,7	32,1
2050	8.162,7	12,2	51,8	36,0

sonen und 2050 nur mehr 4,23 Millionen Personen. Davon ausgehend, dass es bei der Gesamtbevölkerungszahl keine zu großen Veränderungen geben wird, findet die **Strukturveränderung** vor allem **im Anstieg der über 59jährigen** ihren Niederschlag. Im Jahr 2001 war die 60+ Generation knapp 1,7 Millionen Personen stark. Bis 2050 wird sich diese Zahl stetig bis auf knapp unter 3 Millionen Personen erhöhen. Die 60+ Generation wird innerhalb von weniger als 50 Jahren um 70 % ansteigen. Das **Durchschnittsalter** der österreichischen Bevölkerung wird sich dadurch im glei-

Geburtenrate	↓
Sterbeziffer	↑
Gesamtbevölkerungszahl	↘
Altenquote	↑
Zuwanderung	↔
Lebenserwartung	↑

## 2 KONSUMAusGABEN UND EINKOMMEN ÄLTERER PERSONEN

Ähnlich den Bevölkerungsexperten, die die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur analysieren, setzen sich die Wirtschaftswissenschaftler – allerdings aus einer etwas anderen Perspektive – mit dem Älter-Werden auseinander. Die Wirtschaftswissenschaftler betrachten u.a. die Einnahmen- und Ausgabenströme verteilt über die Lebenszeit und die daraus resultierenden Konsequenzen.

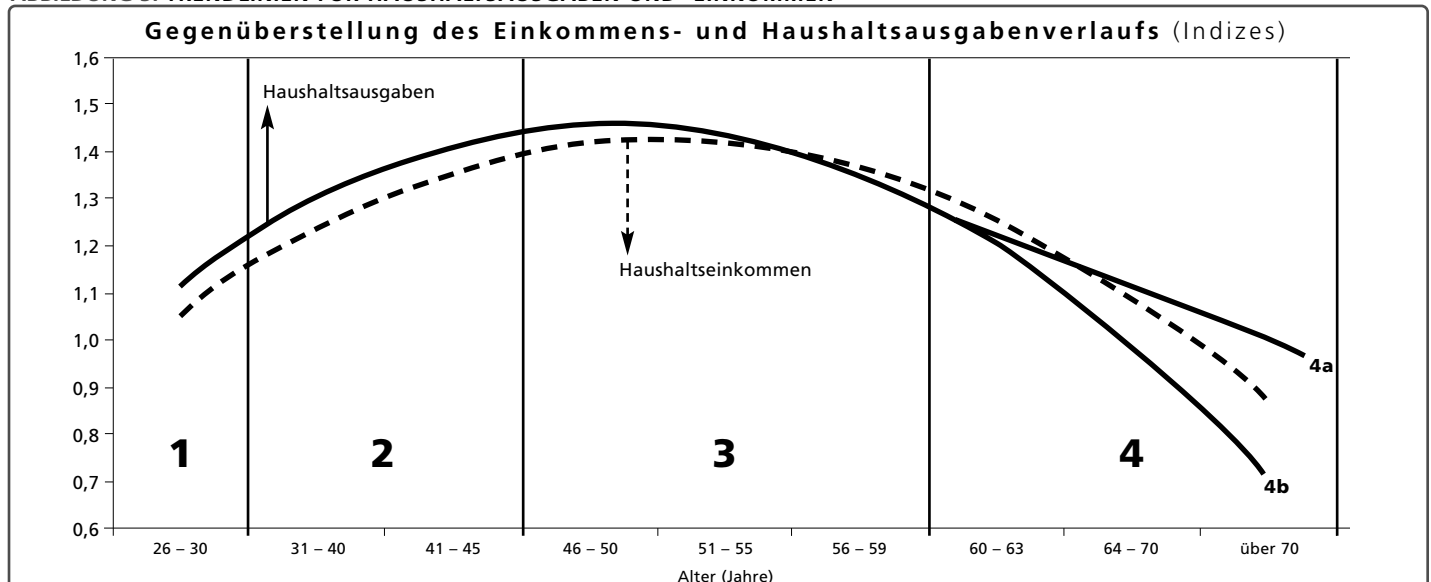
### 2.1 Der Zusammenhang zwischen dem Alter und dem Einkommens- und Konsumniveau

Bei der Analyse des privaten Konsums wird vom **privaten Haushalt** als Beobachtungseinheit ausgegangen. Die vom Haushalt erhobenen Daten, wie beispielsweise Alter, Erwerbstätigkeit, Höhe des Einkommens, etc. beziehen sich in der Regel auf den Haushaltsvorstand. Im Zusammenhang mit dem Phänomen der Überalterung hat erwartungsgemäß das Alter des Haushaltsvorstands bzw. idealerweise aller Einkommensbezieher des Haushalts besondere Bedeutung.

In der **Lebenszyklustheorie** gehen die Ökonomen davon aus, dass sich im Zeitverlauf Einkommen und Konsumverhalten der Menschen verändern. Demnach orientiert sich der Konsum am laufenden und auch am zukünftig zu erwartenden Einkommen. Trotz großer Einkommensschwankungen im Verlauf bewirkt die Erwartung, dass zukünftig höhere Einkommen erzielbar sind, einen relativ **gleichmäßigen Konsumstrom**. Einfach ausgedrückt, wenn ein junger Familienvater anfänglich wenig verdient,

kann er trotzdem mehr konsumieren als er verdient, indem er einen Kredit aufnimmt, den er im Laufe der Zeit zurückzahlt. Er kann damit rechnen, dass sein Einkommen über die Jahre steigt, und er sich die Rückzahlung des Kredits mit zunehmendem Alter leichter leisten wird können. In der Regel ergeben sich **vier** durch das Alter des Haushaltsvorstands bestimmte **Phasen im Konsum- und Sparzyklus**, die durch die unterschiedliche Entwicklung von Einkommen und Konsum bestimmt sind (**ABBILDUNG 3**). Die Annahmen zu den vier Phasen sind wie folgt: Die **erste Phase** zwischen dem **25. und dem 30. Lebensjahr** fällt mit der Haushaltsgründung zusammen. Zumeist sind **beide Partner** noch **aktiv beschäftigt**. Das Einkommen ist zwar schon verhältnismäßig hoch, allerdings stehen ihm in der Regel noch höhere Ausgaben für die Wohnraumbeschaffung gegenüber. Die **zweite Phase**, der Lebensabschnitt zwischen **30 und 45 Jahren**, ist von **zusätzlichen Ausgaben** vor allem für die **Kinderbetreuung** und **Ausbildung der Kinder** geprägt. Wenn es die wirtschaftliche Situation in einer Familie erlaubt, **tritt ein Partner** vorübergehend oder auch dauernd **aus dem Erwerbsleben aus**. Dies führt in der Regel zu einer **Einkommensschmälerung**. Die **dritte Phase**, vom **45. bis zum 60. Lebensjahr**, ist durch das **Ausscheiden der Kinder** aus dem gemeinsamen Haushalt geprägt. Die Kinder treten in das Erwerbsleben ein, wodurch das **Pro-Kopf-Einkommen** der verbleibenden Haushaltsmitglieder steigt. Eine **Ersparnisbildung** ist nun **möglich**. Die **vierte Phase**, der Lebensabschnitt nach dem 60. Lebensjahr, kommt im Wesentlichen der Pensionierung gleich. Eine **Phase des Entsparens**, so fern vorher Vermögen angehäuft wurde, tritt ein. Die Einteilung in die vier Phasen ist **schemenhaft** und trifft **primär** auf **traditionelle Familien** zu. Beispielsweise Single-Haushalte sowie alleinerziehende Mütter oder Väter werden in diesem Schema nur unzureichend abgebildet.

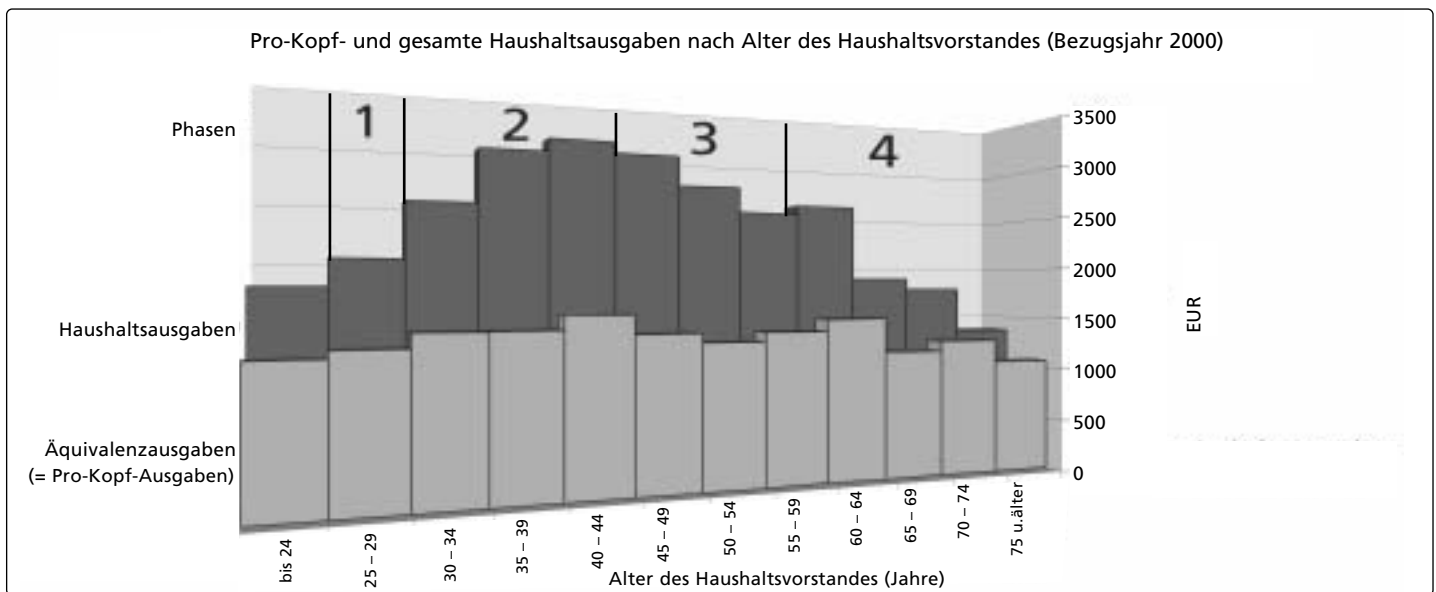
ABBILDUNG 3: TRENDLINIEN FÜR HAUSHALTSAusGABEN UND -EINKOMMEN



Die von der Lebenszyklustheorie angenommene Verschuldung in den ersten beiden Perioden sowie eine Ansparphase in der dritten Periode sind durch Untersuchungen weitgehend bestätigt worden. Wenig Einigkeit herrscht unter den Wirtschaftswissenschaftlern darüber, ob die vierte Periode, jene der Pensionierung, eine Anspar- oder eine Entsparphase ist. Die **Befürworter der Entsparphase** (in Abbildung 3 als 4a gekennzeichnet) führen an, dass in der vierten Periode das während Phase 3 **angesparte Vermögen laufend zum zusätzlichen Einkommen ausgegeben** wird. Das Motiv, nachfolgenden Generationen Vermögen zu ver-

ausgaben nur **leicht zurück**. Die Vermutung liegt nahe, dass **das hohe Einkommen** weiterhin zu **hohen Konsumausgaben** veranlasst, obzwar die Kinder wirtschaftlich schon weitestgehend eigenständig sein dürften. Ein **drastischer Rückgang** bei den Ausgaben findet erst in **Phase 4** nach Beendigung der aktiven Erwerbszeit in einem Alter von rund 65 Jahren statt. Dies ist in so fern bemerkenswert, als dass das derzeitige effektive, also das tatsächliche durchschnittliche Pensionsantrittsalter in Österreich bei 59 Jahren liegt. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei den Pro-Kopf-Ausgaben zu erkennen (**ABBILDUNG 4**).

**ABBILDUNG 4: MONATLICHE HAUSHALTS-AUSGABEN NACH ALTER DES HAUSHALTSVORSTANDES**, Quelle: Statistik Austria



erben, wird als nicht vorrangig eingestuft. Die **Anhänger** der Version, dass in **Phase 4 weiter gespart** wird (in Abbildung 3 als 4b gekennzeichnet), gehen davon aus, dass **ältere Leute ihre Konsumgewohnheiten beibehalten** und nach wie vor **zusätzliche Vorsorge** für Krankheit, für zusätzlich notwendige Betreuung und den Todesfall treffen, etc.

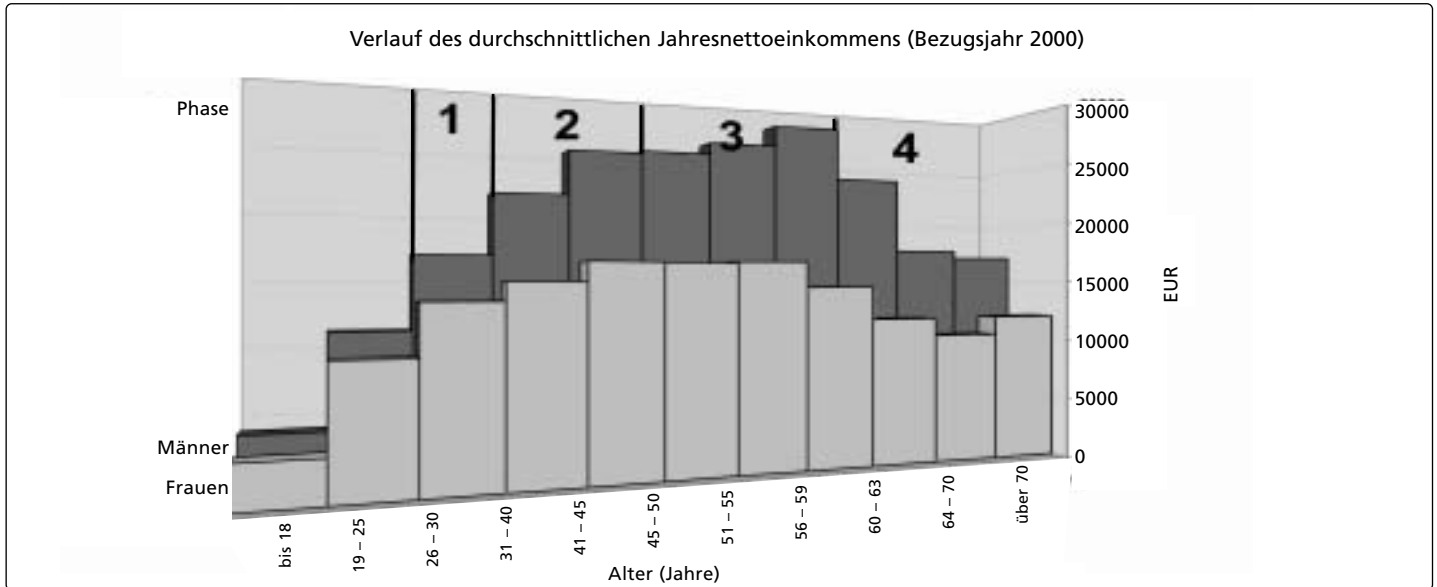
Beim **Abgleich der theoretischen Annahmen mit den empirischen Daten** wird folgendes deutlich: Das **Konsumniveau der über 59jährigen** ist gemessen an den Äquivalenzausgaben – das sind die **Pro-Kopf-Ausgaben** – trendmäßig **rückläufig**. Ebenso sinken die Ausgaben pro Haushalt drastisch, wodurch die These bestätigt wird, dass die Kinder spätestens ab diesem Zeitpunkt den gemeinsamen Haushalt verlassen. (Es wäre zu überprüfen, ob nicht andere Gründe, wie Trennung einer Lebensgemeinschaft im hohen Alter oder ein frühes Ableben des Partners nicht zusätzlich für geringere Haushaltsausgaben verantwortlich sein könnten.) Grundsätzlich zeigt der **Verlauf der Konsumausgaben der Haushalte** als gesamtes betrachtet das erwartete Muster: Die **Ausgaben steigen stark** in **Phase 1 und 2**, der Gründungsphase und während der Kinderbetreuung. In **Phase 3** gehen die Haushalts-

**ABBILDUNG 5** (Seite 7) zeigt den Verlauf des **durchschnittlichen Jahresnettoeinkommens**. Der **beachtliche Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern** ist auf den ersten Blick erkennbar. Bereits in Phase 1 und 2 wächst das Einkommen der Frauen langsamer als das der Männer. Am Ende von Phase 3 beginnt das Einkommen – konträr zu den Männern – bereits zu sinken, wahrscheinlich aufgrund ihres niedrigeren Pensionsantrittsalters. Das Einkommen der Männer sinkt erst ab Beginn der Phase 4. Weiters fällt auf, dass bei Frauen über 70 das Einkommen wieder leicht steigt. Eine mögliche Ursache ist der Bezug von Witwenpensionen seitens der Frauen aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung. Es fällt auf, dass die Einkommen und noch stärker die Konsumausgaben der über 59jährigen absinken. (Zu beachten ist, dass es sich bei den beobachteten Einkommen nur um laufende Einkommen handelt, Vermögensübertragungen in Form von Erbschaften und Schenkungen bzw. deren Verzehr sind in der Darstellung beispielsweise ungenügend berücksichtigt). Gemäß den Einnahmen- und Konsummustern würde also die Schlussfolgerung nahe liegen, dass wenn der Anteil älterer Personen an der Bevölkerung steigt, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt

und die Unternehmen Gefahr laufen, in einer „überalterten“ Wirtschaft Absatzeinbußen hinnehmen zu müssen.

Darüber hinaus sind die Ausgaben für Café- und Restaurantbesuche bei älteren Personen deutlich rückläufig.

ABBILDUNG 5: DURCHSCHNITTLICHES JAHRESEINKOMMEN NACH ALTER, Quelle: Statistik Austria



## 2.2 Die Struktur der Konsumausgaben im Alter

Im vorigen Abschnitt wurden Einkommen und Konsumausgaben hinsichtlich ihrer Höhe betrachtet. Zwei bedeutende Ergebnisse wurden aufgezeigt: Erstens, das **laufende Einkommen älterer Menschen** ist **deutlich niedriger** als jenes jüngerer erwerbstätiger Menschen. Zweitens, bei den **Ausgaben** ist ebenfalls ein **Rückgang** beobachtbar, der durch das im Alter geringere Einkommen bedingt sein dürfte. Doch nicht nur Einkommen und Ausgaben verändern sich im Alter, sondern auch das **Konsummuster**. Die Bedürfnisse und damit die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen älterer Personen unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von jenen jüngerer noch im Erwerbsleben stehender Personen. Zum Beispiel **fallen für Pensionisten alle arbeitsbezogenen Ausgaben weg**. Die Mobilität älterer Personen und damit die **Ausgaben für Transportmittel sinken**. Der Aufwand, wochentags den Weg in die Arbeit und wieder zurück zu machen, entfällt bei einem Pensionisten. Davon betroffen sind Ausgaben für eigene Kraftfahrzeuge, deren Anschaffung und Betrieb, sowie Ausgaben für den öffentlichen Verkehr. Auch sind die Ausgaben für **Bekleidung** bei älteren Personen rückläufig. Ein Grund dafür kann sein, dass keine Ausgaben mehr für Arbeitskleidung getätigt werden müssen. **Ebenso** deutlich rückläufig sind die Ausgaben für **Erholung, Freizeit und Sport**. Ältere Personen fragen deutlich weniger Unterhaltungselektronik, EDV-Geräte und weniger Sport- und Freizeitgeräte nach und geben weniger für Urlaubsreisen aus als jüngere erwerbsfähige Per-

Dem gegenüber stehen Ausgaben, die im Alter in Relation wichtiger werden. **Lebensmittelausgaben steigen** im Alter leicht an. Vermutlich, weil durch immer kleinere Haushalte trotz kleinerem Bedarf in vielen Fällen gleich große Packungen wie für große Haushalte gekauft werden müssen, die dann nicht zu Gänze konsumiert werden können. Wenn kleinere Abnahmemengen eines Produktes angeboten werden, sind diese in der Regel relativ teurer als große Abnahmemengen. Auch müssen größere Packungen als für eine oder auch zwei Personen nötig gekauft werden. Eine ähnliche Deutung gilt für die Ausgaben für **Wohnen, Beheizung und Beleuchtung**. Hier verändern sich die Pro-Kopf-Ausgaben zwischen Erwerbsleben und Pension wenig. Insgesamt werden bei den Wohnungsausgaben bei den Älteren zwar überdurchschnittlich hohe Beträge in der Tabelle ausgewiesen. Dies relativiert sich aber, wenn die fiktiven Mieten für Eigentumswohnungen abgezogen werden (**TABELLE 2**, Seite 8). Diese werden im Zeitverlauf immer höher, da mit zunehmendem Alter immer mehr Personen eine Eigentumswohnung erwerben konnten und diese in der Regel auch schon ausbezahlt haben. Die unter dieser Rubrik ausgewiesenen fiktiven Mietausgaben stehen de facto für andere Ausgaben zur Verfügung. **Deutlich steigen die Gesundheitskosten** an, die sich gegenüber den bis 29jährigen fast verdoppeln. Altersbedingt steigen ebenfalls die Kosten für die Körperpflege. Die Ausgaben für Versicherung(en) bleiben konstant. Es ist allerdings zu beachten, dass selbst, wenn ein Ausgabeposten vom ausgewiesenen Geldbetrag her über den Zeitverlauf gleich bleibt, er gemessen an den geringeren Verbrauchsausgaben und auch Einkommen rela-

tiv steigt. Das könnte bedeuten, dass, wenn das Einkommen einer älteren Person sinkt, und sie gleichviel in Absolutbeträgen für bestimmte Konsumgüter und Leistungen (Wohnung, Versicherung) ausgeben muss, für andere Ausgaben, beispielsweise Restaurantbesuche, weniger Mittel zur Verfügung hat. Es ist aber die Frage zu stellen, ob ältere Personen weniger in Restaurants gehen, weil sie ein geringeres Einkommen beziehen, oder ob sie mit dem Alter einfach weniger mobil geworden sind.

Den Grundpfeiler, die **erste Säule**, bildet die **gesetzliche Pensionsversicherung**. Durch sie sollte jedenfalls eine **finanzielle Grundsicherung** im Alter stattfinden. Je nach dem wie stark diese Säule ausgeprägt ist, dient sie darüber hinaus zur Sicherung des Lebensstandards. Ergänzt wird die gesetzliche Pensionsversicherung durch die **Betriebspensionen**, die in den Pensionskassen verwaltet werden (zweite Säule). Unternehmen leisten so auf freiwilliger Basis einen Beitrag für die Pension ihrer

TABELLE 2: MONATLICHE VERBRAUCHSAUSGABEN NACH ALTERSGRUPPEN, Quelle: Statistik Austria

MONATLICHE VERBRAUCHSAUSGABEN – KONSUMERHEBUNG 1999/2000					
Äquivalenzausgaben (EUR) Ausgabengruppen*	Alter des Haushaltsvorstandes				Veränderung 60+ gegenüber Durchschnitt
	bis 29	30 bis 44	45 bis 59	60+	
<b>Gesamtausgaben (EUR)</b>	<b>1.278</b>	<b>1.472</b>	<b>1.365</b>	<b>1.237</b>	
Lebensmittel, alkoholfreie Getränke	155	175	187	188	↑
Alk. Getränke, Tabakwaren	32	40	42	28	↓
Bekleidung, Schuhe	100	99	91	71	↓
Wohnen, Beheizung, Beleuchtung	302	325	302	340	↔ **
• davon fiktive Mieten, Eigentumswhg.	47	102	115	130	↑
• davon Betriebskosten	63	50	41	48	↔
• davon Beheizung, Beleuchtung	47	102	115	130	↑
Wohnungsausstattung	70	107	98	88	↓
Gesundheit	18	29	33	41	↑
Verkehr	185	246	221	134	↓
Kommunikation	52	37	34	31	↓
Erholung, Freizeit, Sport, Hobbies	158	194	167	137	↓
• davon Unterhaltungselektronik, EDV	26	32	20	11	↓
• davon Sport- & Freizeitgeräte	32	38	29	22	↓
• davon Urlaubsreisen	42	57	57	43	↓
Cafés, Restaurants	91	88	72	57	↓
Sonstige Ausgaben	105	124	115	121	↑
• davon Körperpflege	31	34	34	38	↑
• davon Versicherungen	43	52	53	53	↔

\* Die Summe der Einzelposten weicht von den Gesamtausgaben aufgrund von Rundungsfehlern geringfügig ab

\*\* Bei Abzug der fiktiven Miete entsprechen die gesamten Wohnungskosten der Pensionisten den durchschnittlichen Kosten aller Altersgruppen

### 3 DIE EINKOMMENSFINANZIERUNG IM ALTER

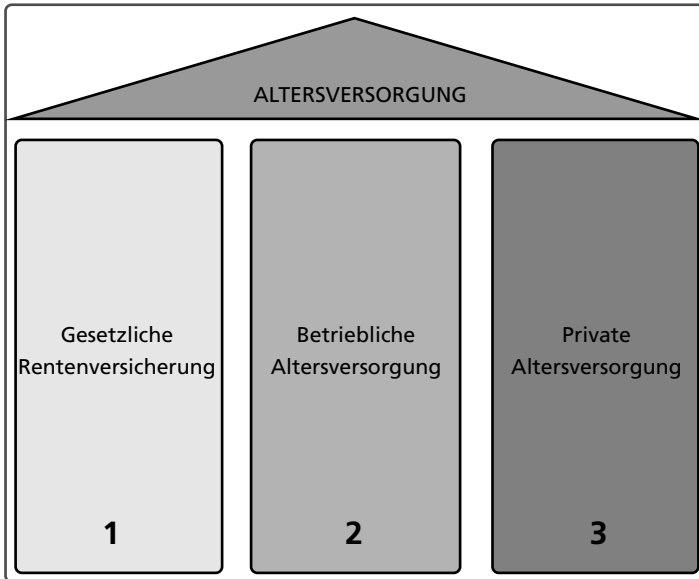
Bislang wurde beleuchtet, über welches Einkommen ältere Personen verfügen und wie viel sie in der Regel ausgeben. Doch ein wesentlicher Punkt ist bei den vorigen Betrachtungen noch nicht mit eingeflossen und zwar jener der **Altersvorsorgung**. Wie werden die Ausgaben der Älteren – ihre Pensionen bzw. Renten – finanziert?

In vielen westeuropäischen Staaten hat sich das sogenannte **3-Säulen-Modell** zur Finanzierung von Pensionen durchgesetzt.

Arbeitnehmer. Die **Eigenvorsorge** repräsentiert die **dritte Säule**. Einzelne Personen sparen in Eigeninitiative Kapital für die Altersvorsorge an (siehe **ABBILDUNG 6**, Seite 9).



ABBILDUNG 6: 3-SÄULEN-MODELL DER PENSIONSFINANZIERUNG



### 3.1 Die gesetzliche Pensionsversicherung

In Österreich werden die Pensionen schwerpunktmäßig über die staatliche Pensionsversicherung im Wege des sogenannten **Umlageverfahrens** finanziert. Während des Erwerbslebens sind unselbstständig Beschäftigte und Selbstständige per Gesetz dazu verpflichtet, Beiträge in die Pensionsversicherung einzuzahlen. Durch den **Pflichtcharakter** der gesetzlichen Pensionsversicherung soll erreicht werden, dass eine möglichst breite Bevölkerungsschicht ausreichend für das Alter vorsorgt. Dahinter steht u.a. die Annahme, dass andernfalls der Staat, beispielsweise im Rahmen der Sozialvorsorge, die durch Steuergelder finanziert wird, für Ältere sorgen müsste, die aus eigener Initiative ungenügend für das Alter vorgesorgt haben. Ein Anspruch auf die gesetzliche Pensionsversicherung entsteht, wenn im Falle des Arbeitnehmers ein Teil des Lohnes für die Versicherung einbehalten wird und der Dienstgeber ebenfalls einen Teil des Pensionsversicherungsbeitrags abführt. (Umgelegt auf das 4-Phasen-Schema bedeutet dies, dass in Phase 1 bis 3 in die gesetzliche Pensionsversicherung einbezahlt wird, um so einen Pensionsanspruch in Phase 4 zu erwerben.)

Wie bereits angeführt, werden die staatlichen Pensionen über das sogenannte Umlageverfahren finanziert. Die **Pensionsbeiträge**, die von den **Erwerbstätigen** eingezahlt werden, werden **unmittelbar als Pensionen** an die Pensionisten **ausbezahlt**. Man kann sich vorstellen, dass vor einigen Generationen – nennen wir sie Generation 2 – das Umlageverfahren an einem Stichtag eingeführt wurde. Damit schon bei Einführung des Pensionsystems die Älteren – Generation 1 – über eine Pension verfügen konnten, mussten die Pensionsbeiträge von Generation 2 für die Pensionsaus-

zahlungen an Generation 1 herangezogen werden. Die Pensionisten der Generation 1 kamen also in den Genuss von Pensionen, ohne dass sie selbst jemals Pensionsbeiträge gezahlt hätten. Das System läuft dann weiter, indem Generation 3 ihre Pensionen aus den Beiträgen von Generation 2 finanziert, usw. **Damit allerdings die Pensionen über die Generationen hinweg gesichert bleiben – also in ihrer Höhe in etwa gleich bleiben – muss das Verhältnis zwischen Beitragszahler und den Pensionsbeziehern stabil bleiben** (vgl. Erklärung der Altenquote). Wenn die Zahl der Pensionsbezieher gegenüber Beitragszahlern zunimmt, treten Finanzierungsprobleme auf. Auf die durch **Überalterung auftretenden Finanzierungsprobleme** kann nun auf unterschiedliche Art und Weise reagiert werden:

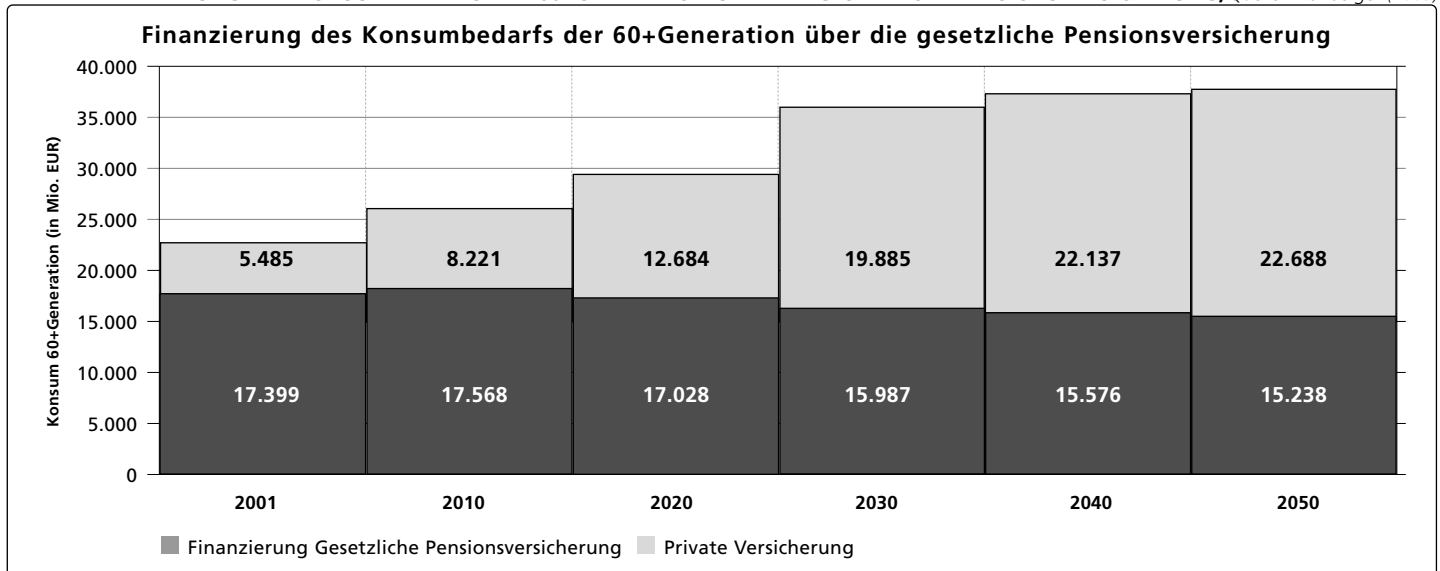
- Ein größerer Anteil der Löhne wird für die Versicherungsbeiträge einbehalten. Dies würde einer **Erhöhung der Pensionsversicherungsbeiträge** gleichkommen. Der Nachteil dieser Lösung ist, dass es, wenn die Löhne nicht stark genug steigen, um die höheren Kosten der Pensionsversicherungsbeiträge auszugleichen, den Arbeitnehmern weniger Lohn bleibt. Die Pensionen würden ihr Niveau zwar halten, aber die **Arbeitnehmer** müssten einen **geringeren Lohn zu Gunsten der Pensionisten** hinnehmen. Das kann dazu führen, dass erstere ihren Konsum einschränken müssen. Hinsichtlich der Gerechtigkeit zwischen den Generationen, der **intergenerativen Gerechtigkeit**, ist diese **Variante problematisch**. Die Jüngeren müssen für den gleichen Pensionsanspruch höhere Pensionsbeiträge leisten, als dies die Älteren mussten.
- Das **Pensionsantrittsalter** wird **hinauf gesetzt**. Im dargestellten 4-Phasen-Konzept würde der Beginn der Phase 4 einfach auf 65 Jahre hinauf gesetzt werden. (**Formal** ist das **Pensionsantrittsalter** für Männer in Österreich bereits bei **65 Jahren**, das **effektive Antrittsalter** findet sich nach wie vor bei **59 Jahren**.) Dadurch **verbessert** sich das **Verhältnis** zwischen **Erwerbstätigen** und **Pensionisten**, da die ehemaligen Pensionisten im Alter zwischen 60 und 65 Jahren nun zu Erwerbstätigen werden. **Problem:** Vorige Generationen mussten nur bis 60 arbeiten, nachfolgende Generationen werden nun bis 65 arbeiten müssen. **Unterschiedliche Generationen** leisten **unterschiedliche Beiträge** für die Pensionsversicherung. Diesmal geschieht dies nicht über die Variierung der Anteile am Lohn, sondern die Dauer, über die Beitragszahlungen geleistet werden, wird verändert.
- Die nächste Möglichkeit ist, dass die **Pensionen gekürzt** werden. Weder die Beitragsdauer noch die Beitragshöhe wird verändert. Für die aktuell Erwerbstätigen ergibt sich keine Änderung. Die **Pensionisten** müssen aliquot zur Verschlechterung

des Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen und Pensionisten eine Pensionskürzung hinnehmen. In Generation 1 beträgt das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Pensionisten 3:1. Zwischen Generation 2 und 3 verschlechtert sich das Verhältnis auf 2:1. Die Pensionen für Generation 3 müssten nun um ein Drittel gekürzt werden, um die demografischen Verschiebungen – weniger Erwerbstätige, mehr Pensionisten – auszugleichen. **Nachteil:** Die **Pensionisten** müssen sich in ihrem **Konsum einschränken**. **ABBILDUNG 7** zeigt eine Hochrechnung für Österreich, was passiert wäre, wenn – vor In-Kraft-Treten der letzten Pensionsreform – die Pensionsbeiträge bei wachsendem Anteil der Pensionisten konstant gehalten würden. Mit wachsendem Anteil der Pensionisten an der Bevölkerung kann nur mehr ein immer kleiner werdender Teil des Konsumbedarfs der Pensionisten durch die staatliche Pension abgedeckt werden.

Wenn eine **einnahmenseitige Finanzierung** des wachsenden Bundesbeitrags erfolgt, also eine **Steuererhöhung**, ist das **wirtschaftlich ähnlich** zu betrachten **wie eine Erhöhung der Pensionsbeiträge**, wird doch ein wesentlicher Anteil der Steuern von Unternehmen und Arbeitnehmern eingehoben.

- Die **Geburtenrate** wird **gesteigert**. Dadurch wird dafür gesorgt, dass sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Pensionisten nicht verschlechtert. **Problem:** die Geburtenrate lässt sich nur sehr **schwer beeinflussen**. Außerdem braucht es Zeit, bis die neue geburtenstarke Generation an das erwerbsfähige Alter „herangewachsen“ ist. Der bekannte deutsche Ökonom Hans Werner Sinn schlägt in diesem Zusammenhang vor, die Pensionsversicherungsbeiträge an die Kinderzahl der Beitragszahler zu koppeln. Beitragszahler mit vielen Nachkommen sollen geringere Beiträge zahlen als Kinderlose.

ABB. 7: FINANZIERUNG DER KONSUMBEDARFS DER 60+GENERATION ÜBER DIE GESETZLICHE PENSIONSVERSICHERUNG, Quelle: Kronberger (2003)



Bei Betrachtung der Abbildung wird ebenfalls deutlich, dass die Gesamtnachfrage der 60+Generation durch die Überalterung steigt, vorausgesetzt, dass sie im Stande ist, diesen Konsum auch zu finanzieren.

- Es werden keine Veränderung bei den Pensionsbeiträgen, dem Pensionsantrittsalter und den Pensionen selbst vorgenommen. Bei den staatlichen Pensionen wird derzeit, wenn die Pensionsauszahlungen höher sind als die Beiträge, die **Differenz aus Steuergeldern (Bundesbeitrag)** bezahlt. In dem hier genannten Szenario würden aufgrund der Überalterung der **Finanzierungsbedarf** für die Pensionen steigen. Die Pensionsbeiträge würden in Relation immer weniger werden. Um die Pensionen nun konstant zu halten, müssten **immer höhere Beiträge aus dem Staatshaushalt** – in Form von mehr Steuereinnahmen, Ausgabenkürzung bei anderen Budgetposten oder durch höhere Staatsverschuldung – den Pensionen zugeführt werden.

- Die **Zuwanderung** aus dem Ausland wird **erhöht**, um geburtenstarke Jahrgänge auszugleichen. **Problem:** Die Zuwanderung bedingt die soziale und kulturelle **Integration** der Zuwanderer ebenso wie deren **Akzeptanz** durch das Gastland. Im Falle einer permanent schwachen Geburtenrate muss die Zuwanderung ebenso laufend erfolgen, da die Zuwanderer sehr rasch die Reproduktionsraten des Gastlandes übernehmen.

- Die **Eigenvorsorge** kann den Rückgang der gesetzlichen Pensionen ausgleichen. Die zusätzliche Beitragsleistung in die Eigenvorsorge ist einer Beitragserhöhung in der gesetzlichen Pensionsversicherung ähnlich. Hier kommt allerdings der Sonderfall zum Tragen, dass diejenige Generation, die verstärkte Eigenvorsorge treffen muss, gleichzeitig für die Pensionen der älteren Generation im Wege des Umlageverfahrens aufkommen und zusätzlich Beiträge für die eigene private Pensionsvorsorge leisten muss.

Die zuvor genannten **Maßnahmen schließen einander nicht aus**. Länder, wie auch Österreich, die Reformbedarf ihrer Pensionsfinanzierung zeigen, wenden oft ein **Maßnahmenbündel** an, das eine Kombination der oben angeführten Möglichkeiten ist. Die Kombination mehrerer Maßnahmen erlaubt idealerweise auch eine **intergenerativ gerechtere Aufteilung der Reformlasten**.

### 3.2 Betriebliche und private Pensionsvorsorge

Gemäß dem zuvor behandelten 3-Säulen-Modell wird die gesetzliche Pensionsvorsorge durch die betriebliche und die Eigenvorsorge ergänzt. Durch eine von den politischen Entscheidungsträgern auch in Österreich angestrebte Stärkung dieser zwei Säulen findet eine Ausweitung der Pensionsfinanzierung über das sogenannte Kapitaldeckungsverfahren statt. Sowohl die betriebliche als auch die Eigenvorsorge werden in der Regel über dieses Verfahren finanziert. Im Kapitaldeckungsverfahren werden **Beiträge** von Arbeitgeber und/oder Arbeitnehmer laufend auf ein **Konto eingezahlt**. Das auf dieses Konto eingezahlte Geld wird bis zum Pensionsantritt in einer **Pensionskasse**, durch **Privatversicherungen** oder auch durch Anlage in bestimmte **Fonds veranlagt**.

Bei Pensionsantritt erhält der Berechtigte üblicherweise eine **Rente**, die sich aus dem **eingezahlten Kapital** und den aus der Veranlagung **erwirtschafteten Erträgen** berechnet. Diese Erträge wie auch die Bewertung der zu Grunde liegenden Wertpapiere unterliegen **Schwankungen**, die dazu führen können, dass man, je nach dem ob man in guten oder schlechten Konjunkturlagen die Pension antritt, mit niedrigeren oder höheren Pensionszahlungen rechnen kann. Im Gegensatz zur staatlichen Pension, wo man an Hand der einbezahlten Beiträge ziemlich genau vorhersagen kann, wie hoch die Pension sein wird, ist die **Vorhersage** der über das Kapitaldeckungsverfahren finanzierten Pensionen mit einer **relativ größeren Unsicherheit** behaftet. Die Finanzierung der Pensionen im Kapitaldeckungsverfahren ist in der Hinsicht leicht verständlich, dass man einfach die Beiträge, die man eingezahlt hat, inklusive Veranlagungsgewinne/ -verluste als Rente erhält. **Demografische Schwankungen** haben im Gegensatz zum Umlageverfahren einen **viel kleineren Einfluss auf die Finanzierbarkeit** der Pensionen. Allerdings hängt die **tatsächliche Pensionshöhe** von der **Veranlagung** (riskant bei hohem Aktienanteil, weniger riskant bei niedrigem Aktienanteil und hohem Anleihenanteil) und von der **Wirtschaftslage** bei Pensionsantritt ab. Die Pension kann überdurchschnittlich hoch und damit in Relation zu über das Umlageverfahren finanzierten Pensionen höher sein. Bei schlechter Entwicklung der Erträge ist eine Umkehrung diese

Verhältnisses allerdings auch möglich. Obzwar es bei umlagefinanzierten Pensionen keine Periode der Veranlagung gibt – die eingehobenen Beiträge werden in der gleichen Periode als Pensionen ausgezahlt – kann man dennoch die Ertragskraft von Umlageverfahren und Kapitaldeckungsverfahren einander gegenüberstellen. Der **Ertrag** aus dem **Umlageverfahren** entspricht der **jährlichen realen Lohnsteigerung**, (in den USA sind dies etwa 2 %), während der **reale Ertrag aus Kapitalinvestitionen bis über 9 %** erreichen kann. (Berechnungen zu den Erträgen aus den unterschiedlichen Finanzierungsverfahren lagen nur für die USA vor). Dieser Ertrag hat aber den **Preis des Risikos**. **ABBILDUNG 8** (Seite 12) zeigt, mit welchen Ertragsraten ein männlicher Arbeitnehmer in einem 100%igen Kapitaldeckungsverfahren nach 40jähriger Beitragszeit und einem Pensionsantrittsalter von 62 Jahren rechnen kann. (Ein **Modell** mit der Annahme einer **100%igen**

#### Wie viel in welcher Säule?

Mit Stand Dezember 2002 gelangten aus der gesetzlichen Pensionsversicherung knapp 1,1 Millionen Alterspensionen, ca. 440.000 Witwenpensionen, ca. 390.000 Berufsunfähigkeitspensionen, ca. 40.000 Witwerpensionen und rd. 50.000 Waisenpensionen zur Auszahlung. Dies macht in Summe etwas mehr als 2 Millionen über die gesetzliche Pensionsversicherung ausbezahlte Pensionen aus. Durch die in jüngster Vergangenheit stärker vorangetriebene Stärkung der zweiten (betriebliche Vorsorge) und dritten Säule (Eigenvorsorge) sind bei diesen entsprechende Wachstumsraten zu beobachten. In den österreichischen Pensionskassen, die die Betriebspensionen veranlagern, wurden im Jahr 2000 284.000 Anwartschafts- und Leistungsberechtigte verzeichnet. Bis zum Jahr 2003 stieg diese Zahl auf 383.000. Die im Jahr 2003 eingeführte staatliche Förderung für die so genannte Zukunftsvorsorge brachte für das Jahr 2003 282.000 Neuabschlüsse für Pensionsversicherungen in der dritten Säule. Beim Vergleich der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der ersten Säule um tatsächlich ausgezahlte Pensionen handelt. Die Zahlen für die zweite Säule beinhalten auch Anwartschaften, also auch Ansprüche erst für einen späteren Pensionsantritt. Bei der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge werden die ersten Pensionen frühestens zehn Jahre nach Abschluss, also 2013, zur Auszahlung gelangen.

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Fachverband der Pensionskassen

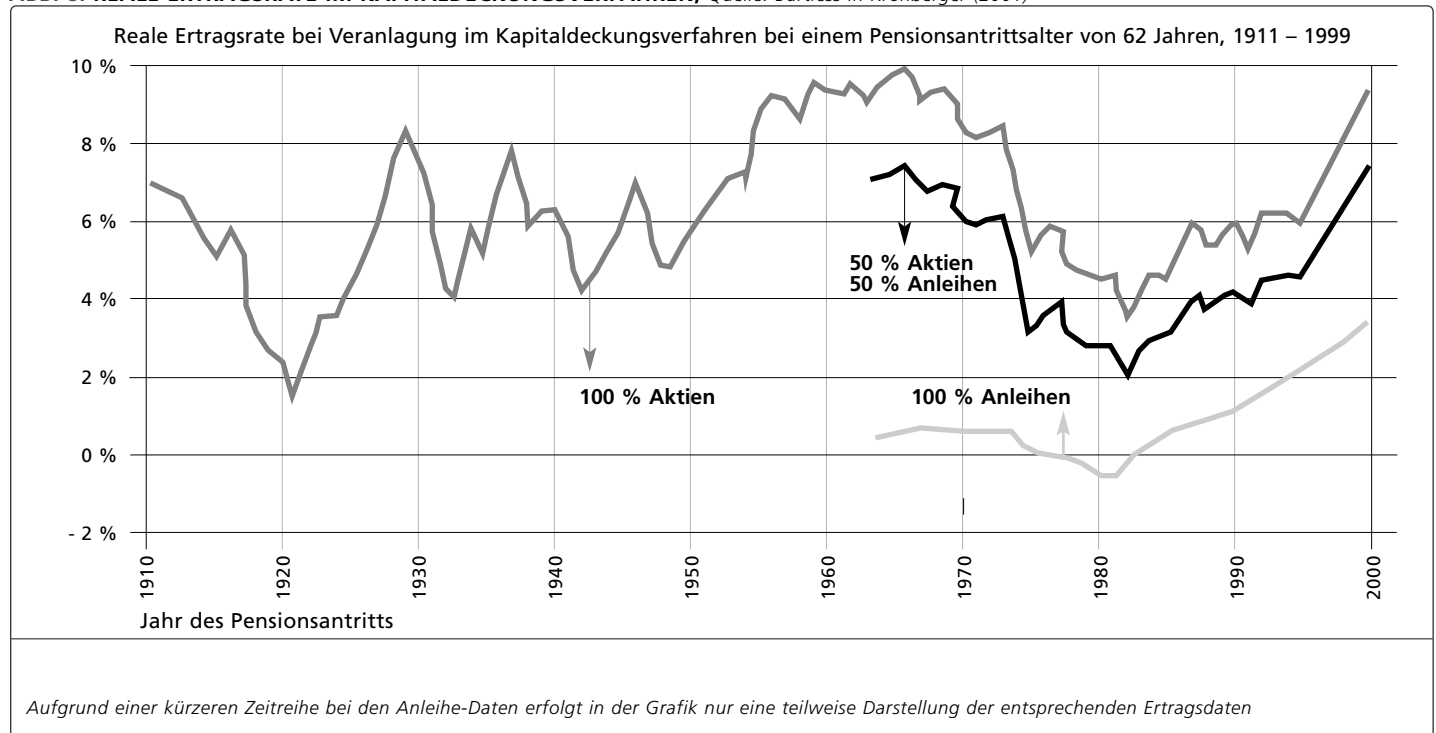
**Finanzierung** aus dem **Kapitaldeckungsverfahren** dient nur Anschauungszwecken, um die Eigenschaften dieser Finanzierungsform deutlicher darstellen zu können. In Österreich wie in vielen anderen Ländern ist **de facto** von einer **gemischten Finanzierung** mit dem Schwerpunkt auf dem Umlageverfahren auszugehen.)

Es wird deutlich, dass je nachdem, ob in Aktien oder in Anleihen oder in Aktien und Anleihen gemischt veranlagt wird, die **Erträge unterschiedlich** hoch sind, und dass je stärker in Aktien veranlagt wird, die Schwankungen der Erträge und damit der zu erwartenden Pensionszahlungen immer größer wird. Es spielt also eine sehr große Rolle, bei welcher Wirtschaftslage der 62jährige das Antrittsalter erreicht. Eine Glättung der in der Abbildung dargestellten Ertragschwankungen ist über **Risikoabsicherungsinstrumente** – wie sie auch in der im Jahr 2003 in Österreich eingeführten Zukunftsvorsorge (Dritte Säule) eingesetzt werden – zu erreichen. Der Einsatz solcher Risikoabsicherungsinstrumente geht aber zu Lasten des durchschnittlichen Ertrags, da diese Instrumente mit Kosten behaftet sind.

#### 4 ÜBERALTERUNG IM GESAMT-WIRTSCHAFTLICHEN KONTEXT

Bislang wurde die Konsumnachfrage Älterer, deren Einkommenshöhe und die Finanzierung des Alterseinkommens gezeigt. Darüber hinaus wurde deren Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung dargestellt. Diese betrachteten Aspekte stellen aber nur Bausteine im gesamten Wirtschaftssystem dar. Der in der nachfolgenden Abbildung dargestellte vereinfachte Wirtschaftskreislauf soll helfen, die Konsequenzen der Überalterung auf das gesamte Wirtschaftssystem zu analysieren. Die Überalterung der Haushaltsvorstände führt dazu, dass immer weniger Haushaltsvorstände als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Einerseits **sinken**

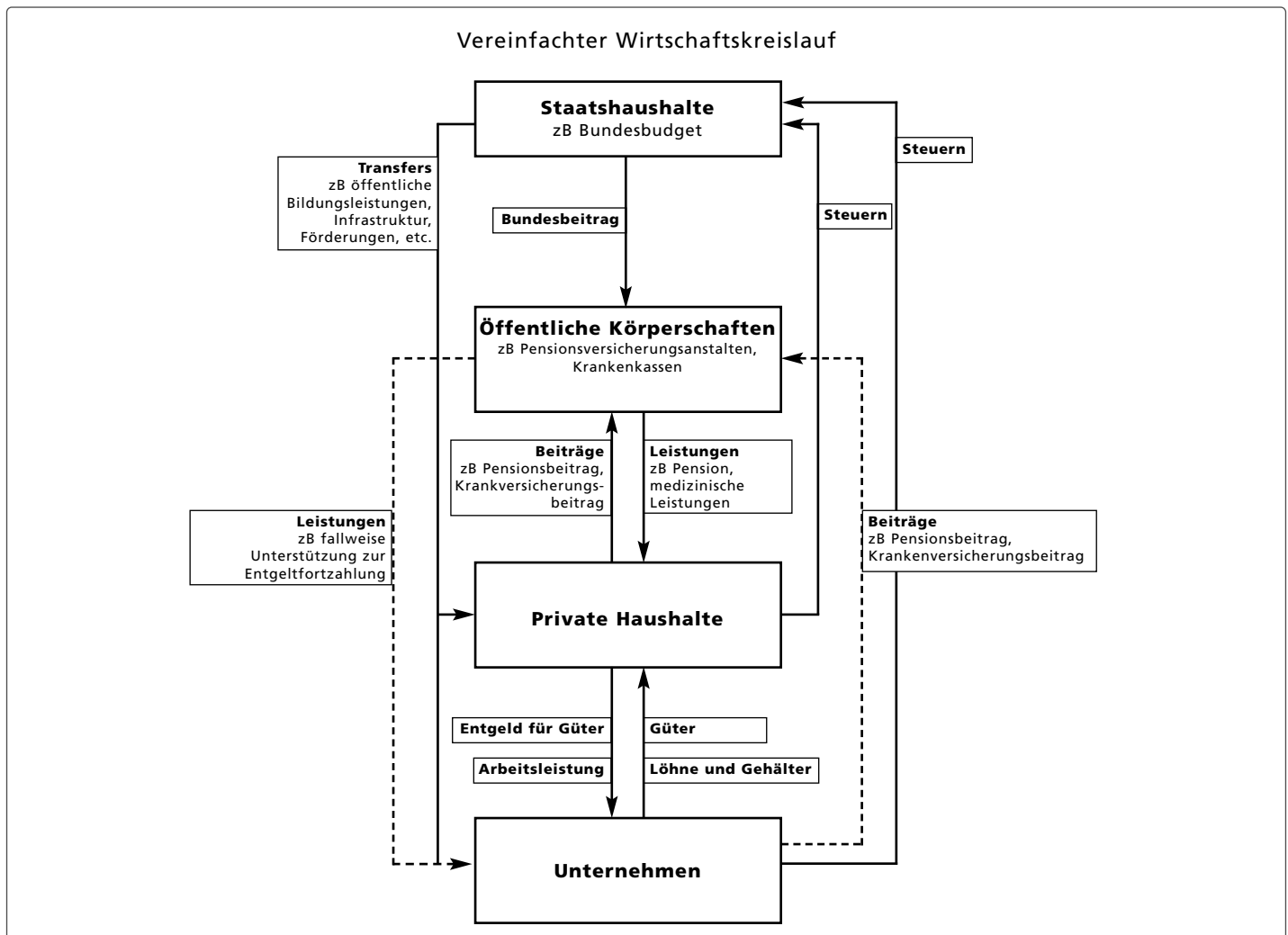
ABB. 8: REALE ERTRAGSRATE IM KAPITALDECKUNGSVERFAHREN, Quelle: Burtless in Kronberger (2001)



Die Logik des in Österreich in den letzten Jahren stärker verfolgten 3-Säulenmodells ist, dass sich die zwei dargestellten **Finanzierungsverfahren ergänzen** und sich so **demografisches Risiko** (Finanzierung über die erste Säule im Umlageverfahren) und **Kapitalmarktrisiko** (Finanzierung der zweiten und dritten Säule über das Kapitaldeckungsverfahren) **einander etwas aufheben**. In einem gemischten Finanzierungsverfahren sind die Folgen der verlängerten Lebenserwartung und des Geburtenrückganges für die Altersvorsorge somit leichter zu bewältigen als bei der reinen Umlagefinanzierung. Bei der Umstellung von der reinen Umlagefinanzierung auf die gemischte Finanzierung sollte darauf geachtet werden, dass die **Umstellungskosten nicht nur von einer Generation getragen** werden (Vgl. dazu den Punkt Eigenvorsorge auf Seite 10).

dadurch die **Arbeitseinkommen**, die zu einem großen Teil die **Konsumnachfrage generieren**, und andererseits steht **den Unternehmen weniger Arbeitsleistung zur Verfügung**, um damit für eine entsprechende Wertschöpfung zu sorgen. Die Konsumnachfrage wird sich wie in 2.2 beschrieben ändern. Entsprechend wird sich die **Angebotsstruktur** auf der Produktionsseite **anpassen**. Sektoren mit höherer Nachfrage werden ihre Produktion ausweiten. Neue Unternehmen werden in diesen Sektoren entstehen. Entgegen gesetzte Entwicklungen sind in den Sektoren, die Nachfragerückgängen ausgesetzt sind, zu erwarten. Die Arbeitskräftenachfrage wird in Folge strukturell nachziehen.

ABB. 9: VEREINFACHTER WIRTSCHAFTSKREISLAUF

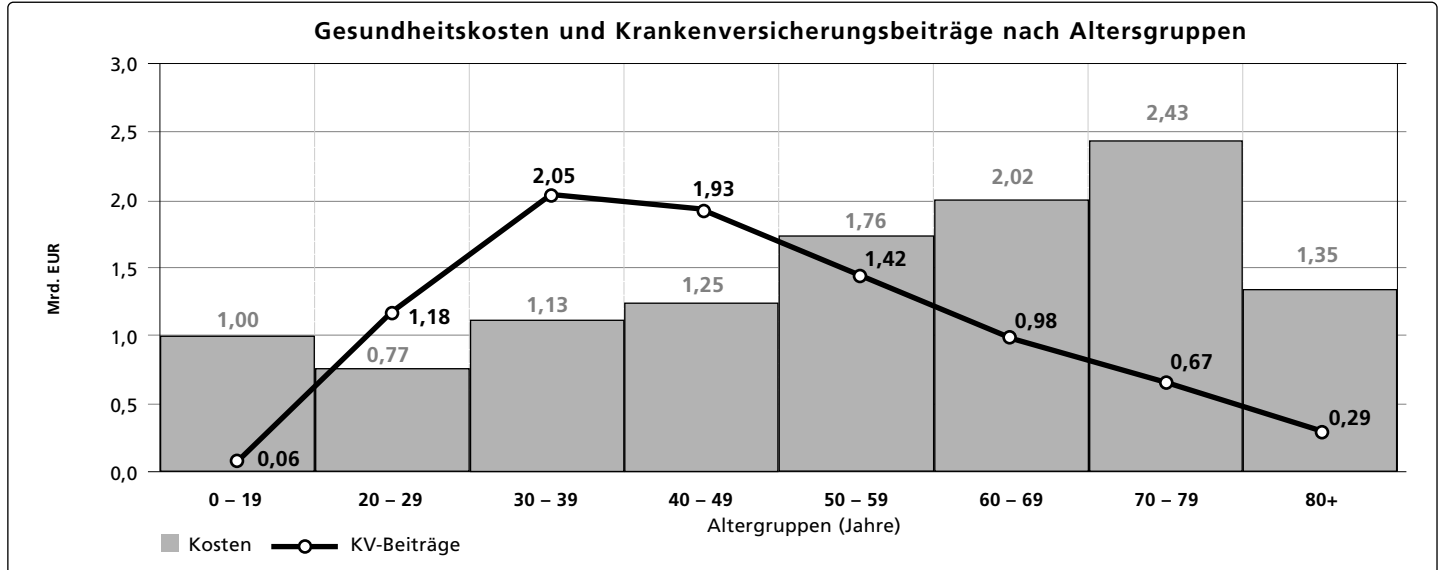


#### 4.1 Was bedeutet die Überalterung für die Einnahmen und Ausgaben des Staates?

Die zuvor beschriebenen Veränderungen haben auch entsprechende Konsequenzen für öffentliche Haushalte und Körperschaften. **ABBILDUNG 9** zeigt deren Verflechtung mit dem Wirtschaftsgeschehen. Durch die Überalterung fließen tendenziell weniger Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge zu den öffentlichen Kranken- und Pensionsversicherungsanstalten, während die Nachfrage nach Versicherungsleistungen steigt. Finanzierungslücken bei den öffentlichen Versicherungsanstalten können entstehen, die dann zumeist über den so genannten Bundesbeitrag aus Steuergeldern geschlossen werden müssen. Bei den öffentlichen Haushalten, zB beim Bundesbudget, werden Entlastungen bei der Finanzierung des öffentlichen Bildungsangebotes erwartet. Im Gegenzug ist damit zu rechnen, dass geringere Einkommen und geringerer Konsum auch geringere Steuereinnahmen bedeuten können, die die öffentlichen Haushalte wieder vermehrt unter finanziellen Druck setzen.

Das Wirtschaftspolitische Komitee der Europäischen Union hat vor wenigen Monaten Prognosen für die Entwicklung der altersbedingten öffentlichen Ausgaben veröffentlicht. Die Zahlen für Österreich zeigen, dass dem Staat 2050 aufgrund der demografischen Veränderung ein um 2,5 Prozentpunkte des BIP höherer Finanzierungsaufwand für die gesetzlichen Pensionen erwachsen wird als im Jahr 2000 (**TABELLE 3**, Seite 14). Gemessen am BIP des Jahres 2000 wären dies 5,2 Milliarden Euro. Wenn keine weiteren Pensionsreformen in Österreich durchgeführt werden, ist diese Finanzierungslücke über den bereits oben erwähnten Bundesbeitrag zu leisten. Ebenso sind zusätzliche Mehraufwendungen bei den Gesundheitsausgaben (1,7 % des BIP) und den Ausgaben für die Altenpflege (1 % des BIP) zu erwarten. **ABBILDUNG 10** (Seite 14) zeigt eine Gegenüberstellung der Beitragszahlungen und der Gesundheitskosten nach Altersgruppen. Dabei wird deutlich, dass die Kosten der medizinischen Leistungen für die über 49jährigen bei weitem nicht durch die von ihnen geleisteten Krankenversicherungsbeiträge gedeckt werden. Sowohl der technologische Fortschritt als auch der grundsätzlich höhere medizinische Aufwand für ältere Personen werden als die Ursachen für relativ höhere Kosten genannt.

ABB. 10: GESUNDHEITSKOSTEN UND KRANKENVERSICHERUNGSBEITRÄGE NACH ALTERSGRUPPEN, Quelle: Salzburger Nachrichten, 6. Februar 2003



**Relative Ausgabenrückgänge** sind bei der **Bildung** zu erwarten. Aufgrund der Geburtenrückgänge sind immer weniger Schüler und Studierende auszubilden. Weiters macht der Rückgang im Arbeitskräfteangebot eine Reduzierung des finanziellen Aufwands für die Arbeitslosenunterstützung wahrscheinlich. Bei der Bildung wäre allerdings denkbar, dass ein Teil der **freiwerdenden Mittel** für die **Erwachsenenbildung** verwendet wird. Wie nun der Staat mit diesen Mehrbelastungen umgehen kann, wurde bereits im

eigentlich für die Produktion gebraucht würden, würden an den Staat abgeführt. Eine weitere Möglichkeit ist, die Ausgaben in anderen Bereichen zu senken. Eine solche Vorgangsweise ist politisch heikel, da die Entscheidung nicht leicht fällt, in welchen Bereichen Ausgabenreduktionen sinnvoll und durchsetzbar sind. Die **sinnvollste Option** ist die von **Reformen**, um den Finanzierungsaufwand in den „Problembereichen“ gering zu halten.

TABELLE 3: ALTERSBEZOGENE ÖFFENTLICHE AUSGABEN, Quelle: EPC (2003)

Land	Altersbezogene öff. Ausgaben (% des BIP) 2000	Gesamte Veränd. bis 2050 in % des BIP	Veränderungen in Prozentpunkten des BIP von 2000 bis 2050				
			Pensionen	Gesundheitsausgaben	Altenpflege	Bildung	Arbeitslosenunterstützung
Deutschland	24,0	6,1	5,0	1,4	0,0	0,0	- 0,4
Griechenland	21,8	13,0	12,2	1,7	0,0	- 0,7	- 0,2
Niederlande	21,4	8,9	5,7	1,0	2,2	- 0,1	0,1
<b>Österreich</b>	<b>26,9</b>	<b>4,2 (3,5*)</b>	<b>2,5 (1,8*)</b>	<b>1,7</b>	<b>1,0</b>	<b>- 1,0</b>	<b>- 0,2</b>
Großbritannien	17,4	0,6	- 1,1	1,0	0,8	- 0,2	0,1

\* Berücksichtigung der Pensionsreform 2003

Rundungsfehler führen bei Addition der Veränderungen bei den Einzelausgaben (Spalten 4-8) zu einer leichten Abweichung von der Gesamtveränderung (Spalte 3)

Rahmen der Handlungsoptionen in der gesetzlichen Rentenversicherung kurz angerissen. Die **problematischste Variante** ist, wenn entweder **Steuern** oder **gesetzliche Versicherungsbeiträge weiter erhöht** werden, um die Finanzierungslücke zu schließen. Sowohl im internationalen als auch im europäischen Vergleich ist das Verhältnis der Abgaben (Steuern, gesetzliche Versicherungsbeiträge, etc.) zur Wirtschaftsleistung in Österreich schon sehr hoch. Es ist davon auszugehen, dass eine **weitere Abgabenerhöhung** der **Wirtschaft schadet**. Ressourcen, die

## 4.2 Überalterung und Wirtschaftswachstum

Wie sich die Überalterung auf die zentrale Größe Wirtschaftswachstum auswirken kann, wurde bislang eher zwischen den Zeilen angedeutet. Eine punktuelle Betrachtung, beispielsweise sinkendes Einkommen im Alter, verhältnismäßig weniger Erwerbstätige, etc. greift für eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung zu kurz. Die Analyse einzelner wirtschaftlicher Variablen kann zwar

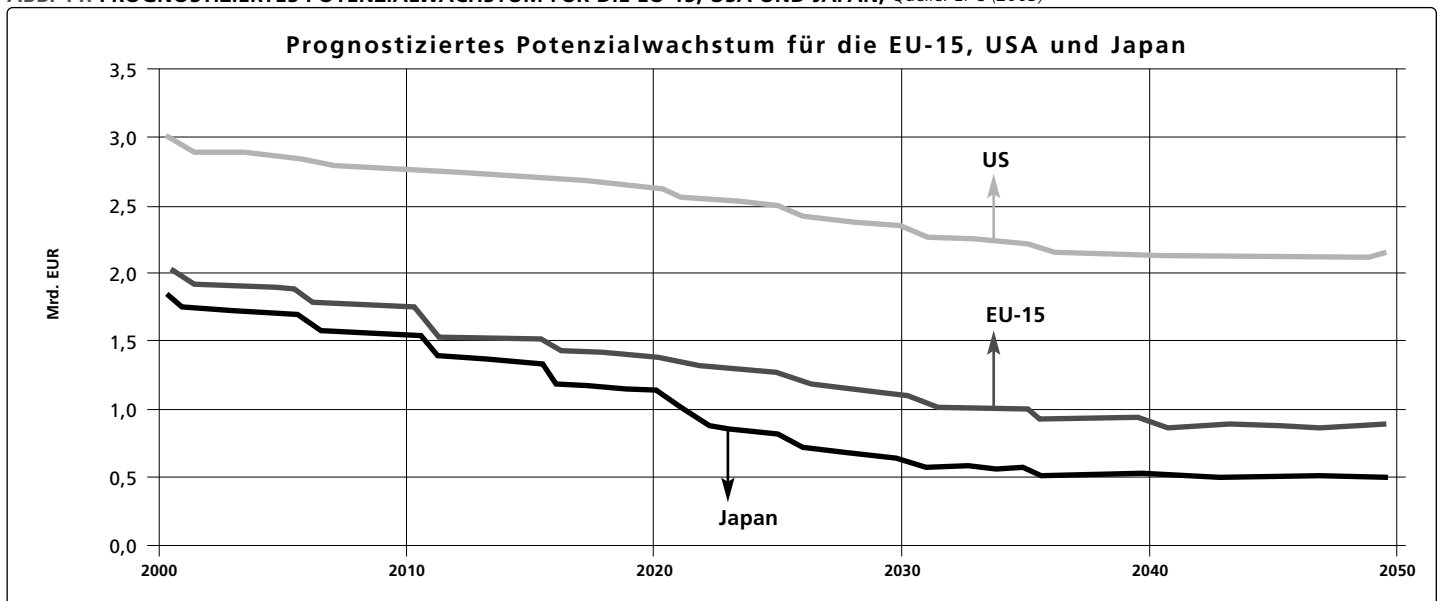
zwar einen Anhaltspunkt dafür geben, welche Richtung die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nehmen könnte, den komplexen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen wird dadurch allerdings nicht ausreichend Rechnung getragen. Wirtschaftsforscher aus großen Wirtschaftsorganisationen wie der OECD, der Europäischen Union und der Gruppe der Zehn (G10) haben komplexe Wirtschaftssimulationen berechnet, die zumeist zu dem Ergebnis kommen, dass die **Überalterung** zu einem **geringeren Wirtschaftswachstum** als bisher führen wird (**ABBILDUNG 11**). In einer Studie des Wirtschaftspolitische Komitees der Europäischen Union wird eine Prognose angeführt, nach der sich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der EU-15 von 2 % im Jahr 2000 auf knapp unter 1 % im Jahr 2050 halbieren wird. Das würde in etwa einem durchschnittlichen Wachstum von 1,5 % entsprechen. In den USA ist der zu erwartende Rückgang etwas weniger dramatisch. Dort rechnet man mit einem demografisch bedingten Rückgang des Wirtschaftswachstums von 3 % auf knapp über 2 %. Die OECD prognostiziert für Österreich ein durchschnittliches Wachstum von 1,7 % für die nächsten 50 Jahre.

Wenn es gelänge das **Wirtschaftswachstum zu halten** oder zu **beschleunigen**, könnte Druck von Pensions- und Gesundheitsreformen genommen werden. Ein höheres Wirtschaftswachstum hat in der Regel **Beschäftigungswachstum** und **höhere Löhne** zur Folge, was wiederum **höhere Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge** bedeutet, die die **Finanzierung** der Pensions- und Gesundheitssysteme **begünstigen**.

## 5 ÜBERALTERUNG, WAS NUN?

Vor etwas mehr als 70 Jahren schrieb John Maynard Keynes einen Aufsatz, dessen Inhalt auch heute noch Gegenstand der wirtschaftspolitischen Diskussion ist. Er stellte sich das Wirtschaftsgeschehen 100 Jahre später vor. Seine Prognose für 2030 war, dass sich der Lebensstandard der Menschen aufgrund von Kapitalakkumulation (Kapitalanhäufung) und den technischen Innovationen deutlich verbessert haben wird. Die Produktivität würde so stark gestiegen sein, dass die Menschen nur mehr 15 Stunden in

ABB. 11: PROGNOTIZIERTES POTENZIALWACHSTUM FÜR DIE EU-15, USA UND JAPAN, Quelle: EPC (2003)



Die Erklärung für das sinkende Wirtschaftswachstum ist wie folgt: Die relativ sinkende Erwerbsbevölkerung wird wahrscheinlich nicht durch ausreichend steigende Investitionen ausgeglichen. Das Anwachsen des Kapitalstocks und der technologische Fortschritt werden voraussichtlich nicht ausreichen, um der stagnierenden Arbeitsproduktivität entgegen zu wirken. Es wird davon ausgegangen, dass langsamer wachsende Investitionen und weniger schnell wachsende Kapitalnachfrage möglicherweise sogar sinkende Kapitalerträge bedingen.

Die zu erwartende Wachstumsverlangsamung würde die negativen wirtschaftlichen Folgen der Überalterung zusätzlich verschär-

fen. der Woche arbeiten müssten, um bequem ihr Auslangen zu finden. In wesentlichen Punkten, wie Kapitalakkumulation, technischen Neuerungen und der Hebung des Lebensstandards behielt Keynes recht. Seine Annahmen über die Wochenarbeitszeit waren deutlich verfehlt. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass Prognosen über so große Zeithorizonte sehr schwierig sind, und dass sie nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eintreten und keinesfalls als sicher angenommen werden können. Mit einer entsprechenden Vorsicht müssen auch die in diesem Text dargestellten Prognosen über das langfristige Wirtschaftswachstum (fast 50 Jahre) betrachtet werden. Vorhersagen über das Wirtschaftswachstum, deren

Horizont lediglich ein oder zwei Jahre beträgt, sind schon mit einer verhältnismäßig großen Unsicherheit behaftet. Die Sicherheit bei der Vorhersage der demografischen Entwicklung hingegen ist wesentlich größer als bei Wirtschaftsprognosen. Die prognostizierten demografischen Eckdaten zur Überalterung über die nächsten Jahrzehnte werden mit großer Sicherheit zutreffen. Unsicherheiten bestehen in Bereichen wie den Zuwanderungsraten, die unter anderem auch vom Verhalten der politischen Entscheidungsträger maßgeblich beeinflusst werden. Handlungsbedarf ist also in hohem Maße gegeben. Anpassungen im Pensionssystem sind in den letzten Jahren teils in kleineren und teils in größeren Schritten gesetzt worden. Es herrscht allerdings nach wie vor Bedarf, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Darunter finden sich solche, die bereits in der einen oder anderen Form im vorigen Abschnitt behandelt wurden. Um der kontinuierlich steigenden Lebenserwartung gerecht zu werden, muss das **effektive Pensionsantrittsalter erhöht** werden, um die Umlagefinanzierung stabil zu halten. Dies korreliert mit der Forderung nach der **Hebung der Erwerbsquote älterer Personen**, die auch von Rat und Kommission der Europäischen Union gestellt wird. Je mehr Personen und je länger diese Personen Beiträge für die gesetzliche Pensionsversicherung leisten, umso leichter ist dessen Finanzierung aufrecht zu erhalten. Durch die Aufhebung der vorzeitigen Alterspension in der letzten Pensionsreform wurde bereits ein bedeutender Schritt in Richtung Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters gesetzt.

Bei den Ökonomen herrscht Übereinstimmung, dass bislang viele Staaten im Rahmen der gesetzlichen Pensionsregelungen falsche Arbeitsanreize gesetzt haben. Es ist davon auszugehen, dass ein Individuum, wenn es sich finanziell rechnet, frühestmöglich aus dem Erwerbsleben ausscheidet und die Pension antritt, ungeachtet negativer gesamtwirtschaftlicher Auswirkungen. Es liegt bzw. lag also an den politischen Entscheidungsträgern, die **Arbeitsanreize so zu gestalten**, dass die **gesamtwirtschaftliche Produktivität nicht leidet**, und dass die **Finanzierung** der Pensions- und Gesundheitssysteme **nachhaltig gesichert** wird. Es sollte gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass es für Arbeitgeber und -nehmer **adäquate Rahmenbedingungen** für einen **längeren Verbleib älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben** geschaffen werden. Das heißt, dass entsprechende begleitende Maßnahmen sowohl in breiten Bereichen der Sozialpolitik als auch in anderen Politikbereichen ergriffen werden sollten. Zu einem längeren Verbleib im Erwerbsleben sollte eine **berufsbegleitende Weiterbildung**, die sich bis zum Ende des Erwerbslebens erstreckt, angestrebt werden. Entsprechende Impulse sollten idealerweise von Arbeitnehmer, Unternehmen und der öffentlichen Hand

gemeinsam ausgehen. Zudem sollte die **Stärkung der zweiten und dritten Säule** der Pensionsfinanzierung mit einer kontinuierlichen Anpassung der Rahmenbedingungen erfolgen. Dazu zählen eine Verbesserung der Kapitalmarktinfrastruktur sowie laufendes Monitoring und gegebenenfalls eine Anpassung der Regulierung von Pensionsvorsorgeprodukten, um einer steigenden Flexibilisierung im Arbeitsmarkt gerecht zu werden.

Der **Reformdruck** beim **öffentlichen Gesundheitssystem** wird ebenfalls aufrecht bleiben. Reformen können entweder direkt bei der Finanzierung ansetzen (zB **Änderung des Finanzierungsmodells**) oder aber Maßnahmen wie beispielsweise die **Stärkung der Vorsorgemedizin** beinhalten, um so hohe Folgekosten zu vermeiden.

Es herrscht kaum Zweifel darüber, dass die Auswirkungen der Überalterung vor allem bezüglich der öffentlichen Haushalte große Herausforderungen an politische Entscheidungsträger stellen. Wenn sich das Verhältnis bei den Wählern von drei erwerbsfähigen Personen je Pensionist auf knapp 1,4 Erwerbspersonen je Pensionist ändern wird, sind **Spannungen zwischen den Erwerbstätigen und Pensionsbeziehern** mehr als wahrscheinlich. Das Interesse der Pensionsbezieher wird sein, ihre Pensionen auf hohem Niveau zu halten. Das Interesse der Erwerbstätigen und damit der Beitragszahler wird sein, ihre Pensionsbeiträge auf gleichem Niveau zu halten. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist aber beides gleichzeitig nicht möglich. Problematisch ist dabei, dass der Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Wählerschaft abnimmt und jener der Pensionisten entsprechend zunimmt. Ein weiteres Problem besteht in der relativen Kürze der Wahlzyklen, die Anreize an Politiker stellen, Reformen, die erst langfristig Ergebnisse zeigen und potenziell Wählerstimmen kosten, tendenziell hintan zu stellen.

Für das gesamte Wirtschaftssystem sind ebenfalls nicht unerhebliche Veränderungen zu erwarten. **Unternehmen** werden sich an die in 2.2 beschriebenen **Nachfrageänderungen anpassen** müssen, um weiter rentabel zu bleiben. Am Arbeitsmarkt wird die Überalterung **Knappheiten im Arbeitskräfteangebot** einfach numerisch aufgrund des Rückgangs der jüngeren Alterskohorten (-gruppen) bedingen. Insbesondere im Bereich der **medizinischen** und **Pflegeberufe** sollte die Aufmerksamkeit junger Menschen verstärkt auf Berufsprofile gelenkt werden, die überalterungsbedingt verstärkt nachgefragt werden.



## LITERATURVERZEICHNIS

## NOTIZEN

- Casey, B./Yamada, A.(2002), *Getting Older, Getting Poorer? A Study of the Earnings, Pensions, Assets and Living Arrangements of Older People in Nine Countries*, OECD Labour Market and Social Policy – Occasional Papers No. 60, Paris.
- Chaloupek, G./Lamel, J./Richter, J.(1988), *Bevölkerungsrückgang und Wirtschaft*, Physica-Verlag Heidelberg.
- Dang, T./Antolin, P./Oxley, H. (2001), *Fiscal implications of ageing: projections of age-related spending*, OECD Economics Department Working Papers No 305, Paris.
- Economic Policy Committee (2003), *The impact of populations on public finances: overview of analysis carried out at EU level and proposals for a future work programme*, EPC/ECFIN/435/03 final, Brussels.
- Hanika, A./Lebhart, G./Marik, S. (2003), *Bevölkerung Österreichs im 21. Jahrhundert*, Statistik Austria, Wien.  
<[ftp://www.statistik.at/pub/neuerscheinungen/bev21jhdt\\_web.pdf](ftp://www.statistik.at/pub/neuerscheinungen/bev21jhdt_web.pdf)>
- Internationaler Währungsfonds (2003),  
*IMF Country Report 03/372*,  
<<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03372.pdf>>
- Kronberger, R. (2001), *Finanzierung von Pensionssystemen*, Wirtschaftspolitische Blätter 4/01, Wirtschaftsverlag, Wien.
- Kronberger, R. (2003), *Welche Bedeutung hat eine alternde Bevölkerung für das österreichische Steueraufkommen?*, präsentiert am 17.Jänner 2003 beim Workshop aus Finanzwissenschaft an der Leopold-Franzens-Universität.
- Sinn, H. W. (2003), *Das demografische Defizit – die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen*, ifo Schnelldienst 5/2003 – 56. Jahrgang, 20 – 36.
- Visco, I. (2001), *Tackling the economic consequences of ageing*, OECD Observer (25. September 2001), Paris.

## DIDAKTISCHE ANREGUNGEN

### Fragen zum Text

- Phänomen der alternden Gesellschaft: Nennen Sie Ursachen für die Änderung der Geburtenrate bzw. der Lebenserwartung!
- Was sagt die Maßzahl „Altenquote“ aus? Warum ist sie wichtig?
- Geben Sie eine kurze Beschreibung der vier Phasen, die dem Lebenszyklusmodell zu Grunde liegen! Welche Annahmen können dem Vergleich mit der Wirklichkeit nicht stand halten?
- Erklären Sie das 3-Säulen-Modell in der Pensionsfinanzierung.
- Über welche Finanzierungssysteme kann man Pensionen finanzieren?
- Die gesetzliche Pensionsversicherung im Wege des Umlageverfahrens steht aufgrund der nachteiligen demografischen Entwicklungen vor Finanzierungsproblemen. Zeigen Sie auf, wie diesen Finanzierungsproblemen entgegen getreten werden kann. Diskutieren Sie Vor- und Nachteile der einzelnen Optionen.
- Berechnen Sie anhand der Abbildung 7, wie viel Prozent des Konsumbedarfs der 60+ Generation durch die gesetzliche Pension in den Jahren 2010, 2020, 2030, 2040 und 2050 abgedeckt wird. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus Ihren Berechnungen?
- Welche Veranlagungsformen für die Pensionsfinanzierung im Wege des Kapitaldeckungsverfahrens werden im Text genannt? Welche Formen sind riskant, welche weniger?
- Diskutieren Sie die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen! Welche Bedeutung hat dies für die Altersvorsorge?
- Der Anteil der gesetzlichen Pensionsversicherung an der Altersvorsorge ist in Österreich sehr hoch. Wie ist in diesem Kontext die Entwicklung der zweiten und dritten Säule zu beurteilen?
- In Tabelle 3 sind die altersbezogenen öffentlichen Ausgaben für das Jahr 2050 prognostiziert. Erklären Sie, warum bestimmte Ausgabepositionen steigen und andere fallen. Überlegen Sie, ob bei den Bildungsausgaben die frei gewordenen Mittel für andere Zwecke verwendet werden sollten.
- Erklären Sie die Auswirkungen der Überalterung auf das gesamte Wirtschaftssystem an Hand der Darstellung des vereinfachten Wirtschaftskreislaufs!
- Nennen Sie Reformmöglichkeiten für das Pensions- und das Gesundheitssystem!
- Welche Probleme bringt die Überalterung für das politische System?

### Problemorientierte Aufgaben

#### Arbeit und Alter

Die Industriellenvereinigung und die Arbeiterkammer Wien haben ein gemeinsames Projekt unter dem Namen „arbeit & alter – altersgerechte Arbeitsorganisation“ initiiert (<http://www.arbeitundalter.at>). Unter der Rubrik „Beispiele und Erfahrungen“ finden Sie eine Reihe von Beispielen, wie ältere Arbeitnehmer besser in den Arbeitsprozess eingebunden werden können. In welchen Beschäftigungsfeldern haben Ihrer Meinung nach ältere Arbeitnehmer mit Problemen zu kämpfen? Welche der Fallbeispiele gefallen Ihnen am besten und warum? Diskutieren Sie allgemein Stärken und Schwächen sowohl von jüngeren als auch von älteren Arbeitnehmern! Welche Nachteile können einem Unternehmen erwachsen, wenn es nicht auf eine ausgewogenen Altersstruktur im Unternehmen achtet?

#### Ältere Menschen in der Werbung

Analysieren Sie in verschiedenen Medien (TV, Zeitungen und Zeitschriften) geschaltete Werbungen, die sich an ältere Personen richten:

- Welche Produkte und Dienstleistungen stehen im Vordergrund?
- Wie werden ältere Menschen in der Werbung dargestellt?
- Mit welchen Werbebotschaften wird gearbeitet?
- In welchen Wirtschaftsbereichen lässt sich eine verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen erkennen (zB „50+Märkte“)?

#### Analyse verschiedener Angebote zur Eigenvorsorge

Im Rahmen einer Gruppenarbeit können die Schüler verschiedene Produkte zur Eigenvorsorge recherchieren, analysieren und präsentieren:

- Welche Leistungen sind mit dem jeweiligen Angebot verbunden?
- Wie werden die eingezahlten Gelder veranlagt?
- Wovon hängen die Ertragschancen der einzelnen Produkte ab?
- Ab welchem Lebensalter wird empfohlen, mit privater Vorsorge zu beginnen? etc.

### Kopiervorlagen

1. Bevölkerungspyramide 2001
2. Bevölkerungspyramide 2001, 2030 und 2050
3. Demografische Eckdaten im internationalen Vergleich
4. Einkommen und Ausgaben über den Lebenszyklus
5. 3-Säulen-Modell der Pensionsfinanzierung
6. Vereinfachter Wirtschaftskreislauf
7. Überalterung – zu erwartende Nachfrageverschiebungen
8. Herausforderungen der demografischen Entwicklung – notwendiger Handlungsbedarf

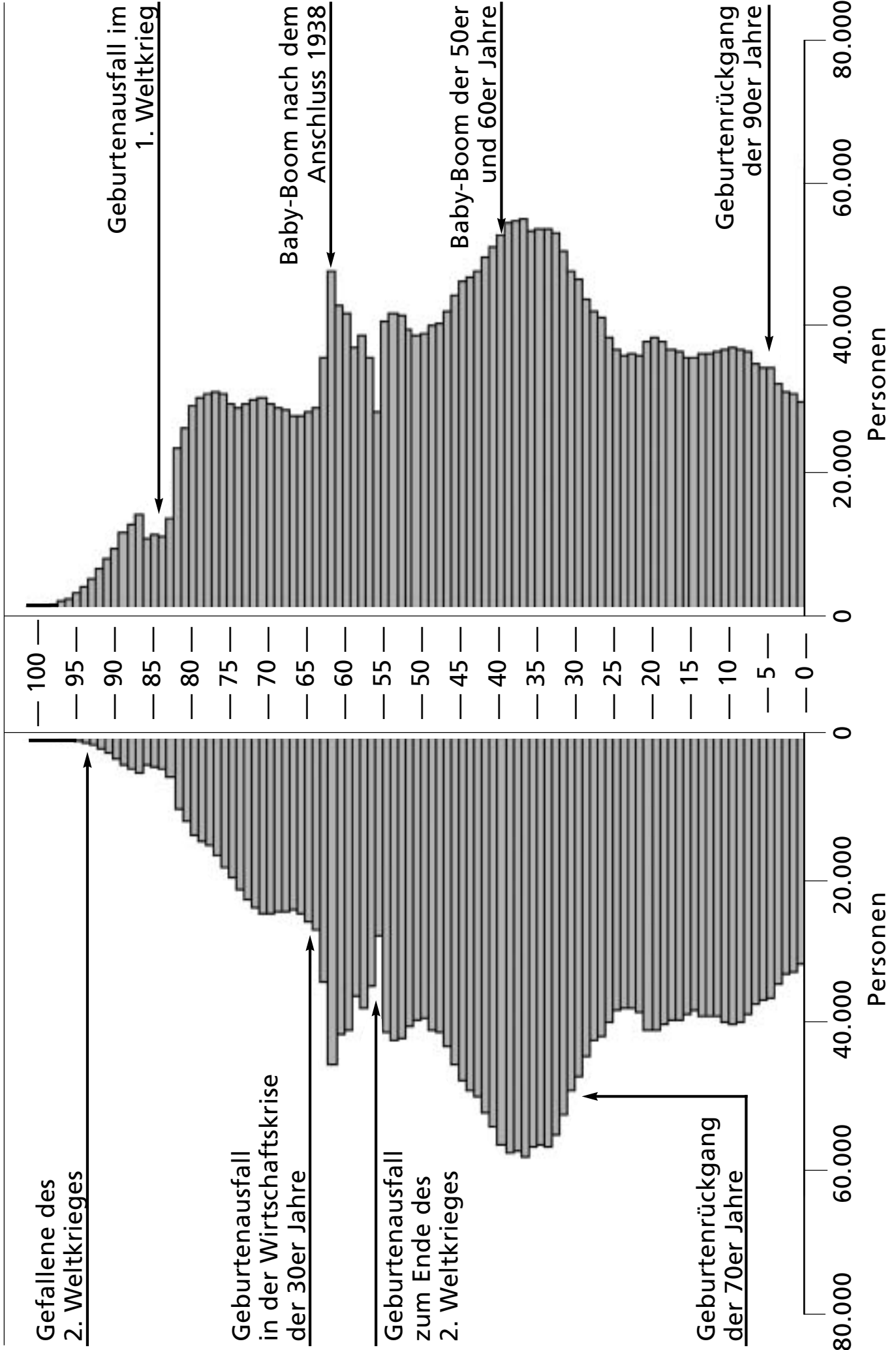
# Bevölkerungspyramide

(Quelle: Statistik Austria, Volkszählung 2001)

Frauen

LEBENSJAHERE

Männer

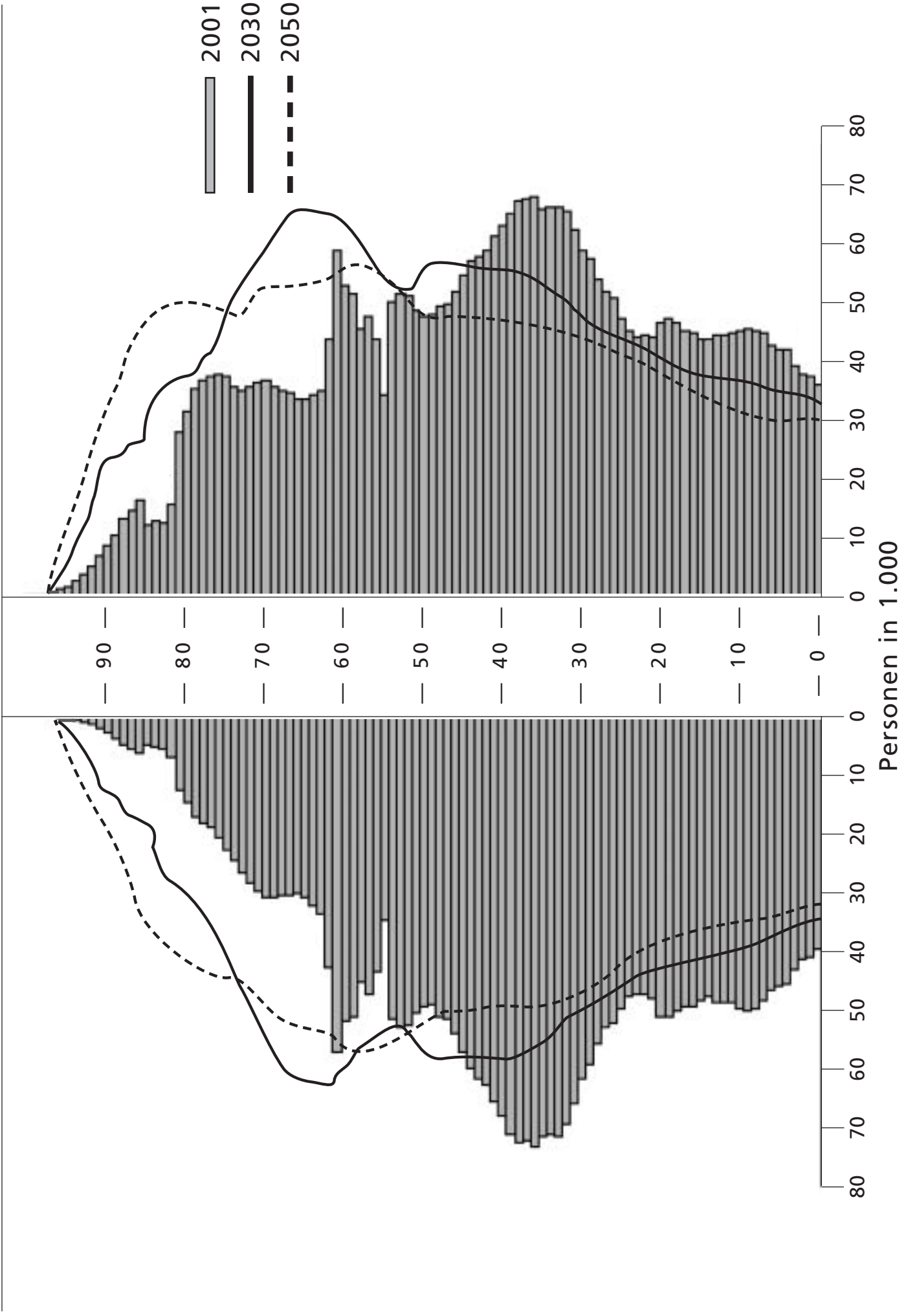


# Bevölkerungspyramide 2001, 2030 und 2050 (Quelle: Statistik Austria)

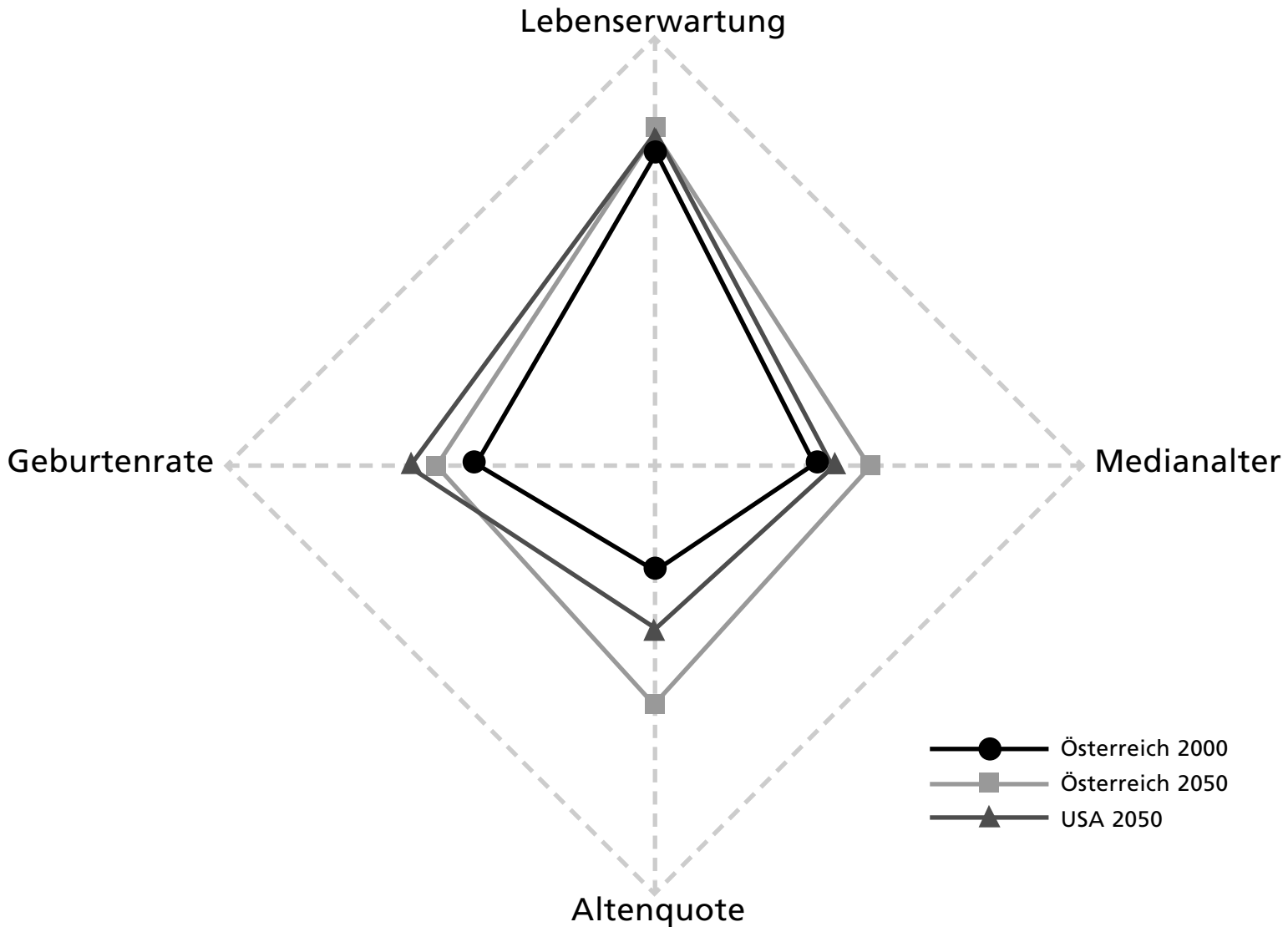
männlich

LEBENSJAHRE

weiblich



# Demografische Eckdaten im internationalen Vergleich



Demografischer Druck	2000			2050		
	Österreich	Deutschland	USA	Österreich	Deutschland	USA
Lebenserwartung	73,7	73,9	73,4	79,0	79,1	79,0
Medianalter <sup>1</sup>	37,8	40,0	35,8	50,2	48,4	42,1
Altenquote <sup>2</sup>	25,0	27,0	22,0	55,0	53,0	38,0
Geburtenrate	1,4	1,3	2,0	1,7 <sup>3</sup>	1,6	1,9

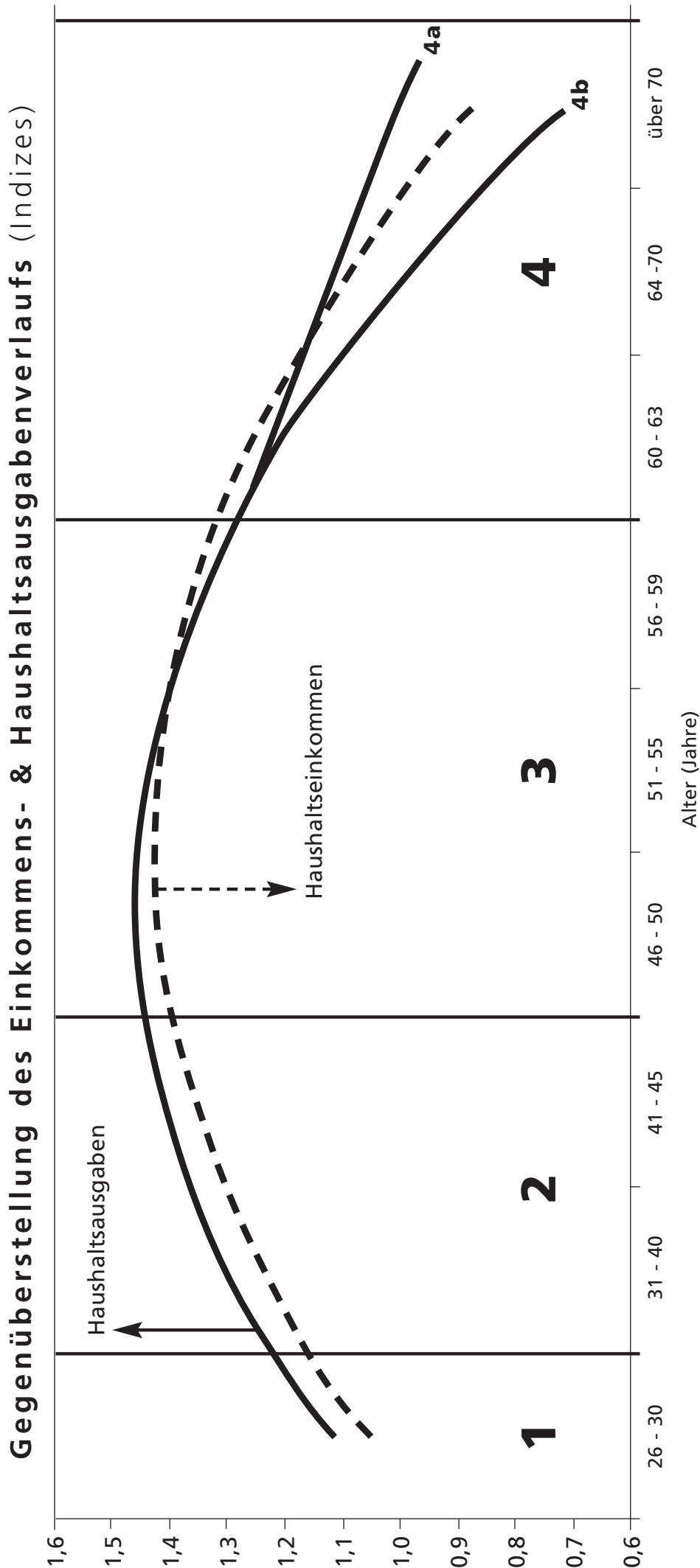
<sup>1</sup> Das Medianalter ist ein Maß für das Durchschnittsalter

<sup>2</sup> Anteil der 60+ Generation an den erwerbstätigen Personen

<sup>3</sup> Die von der OECD prognostizierte Geburtenrate weicht von jener der Statistik Austria ab.

(Quelle: OECD)

# Einkommen und Ausgaben über den Lebenszyklus



# 3-Säulen-Modell der Pensionsfinanzierung

---

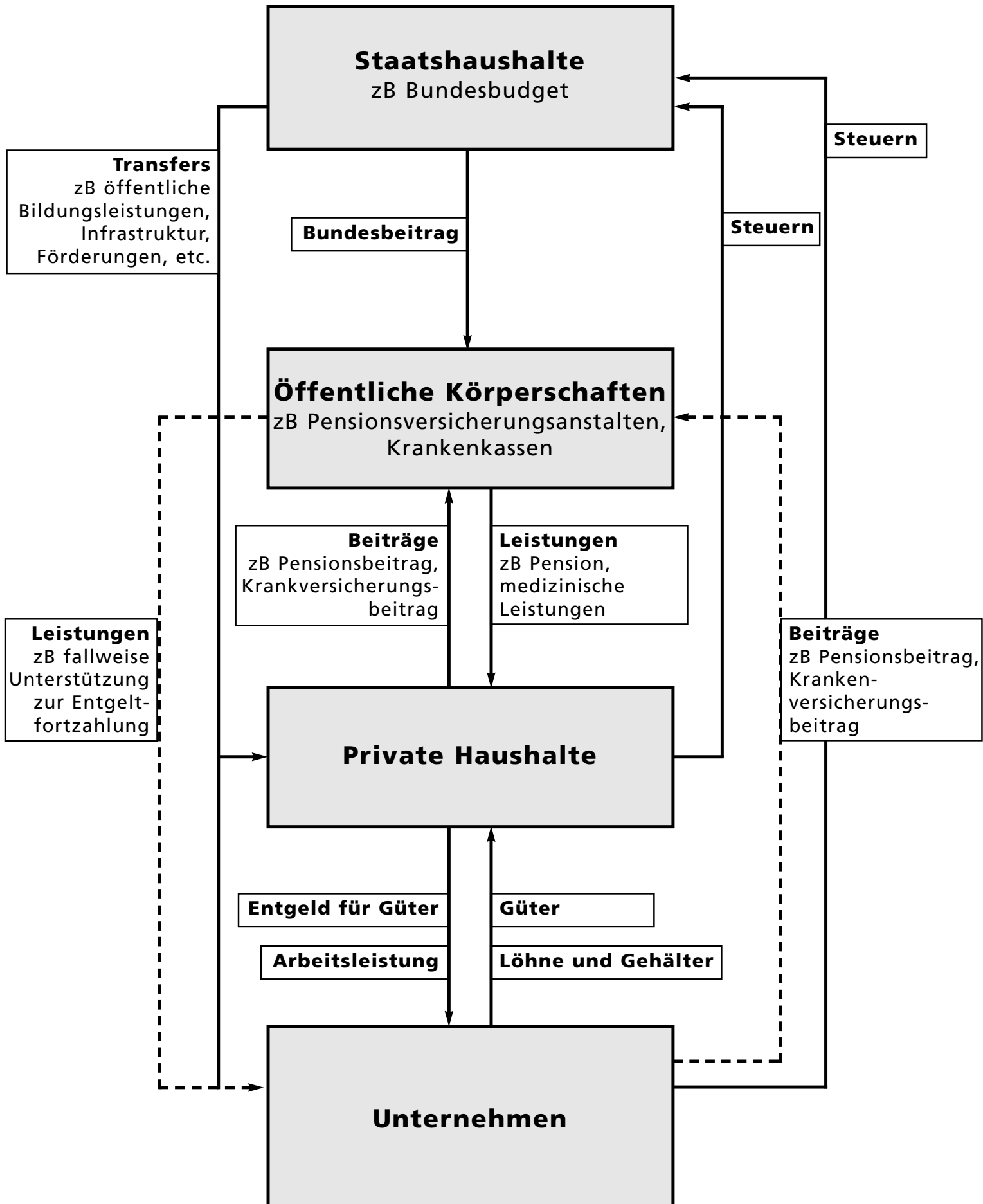
**ALTERSVERSORGUNG**

**1** Gesetzliche Rentenversicherung

**2** Betriebliche Altersversorgung

**3** Private Altersversorgung

## Vereinfachter Wirtschaftskreislauf



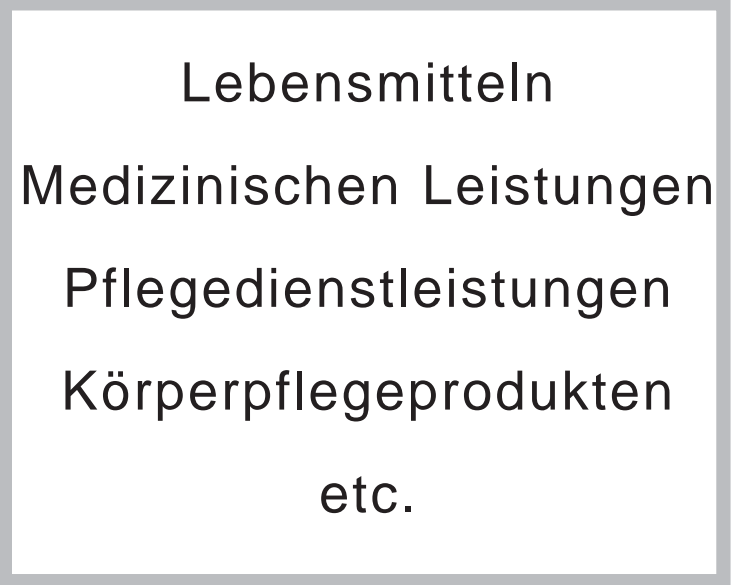


# Überalterung – zu erwartende Nachfrageverschiebungen

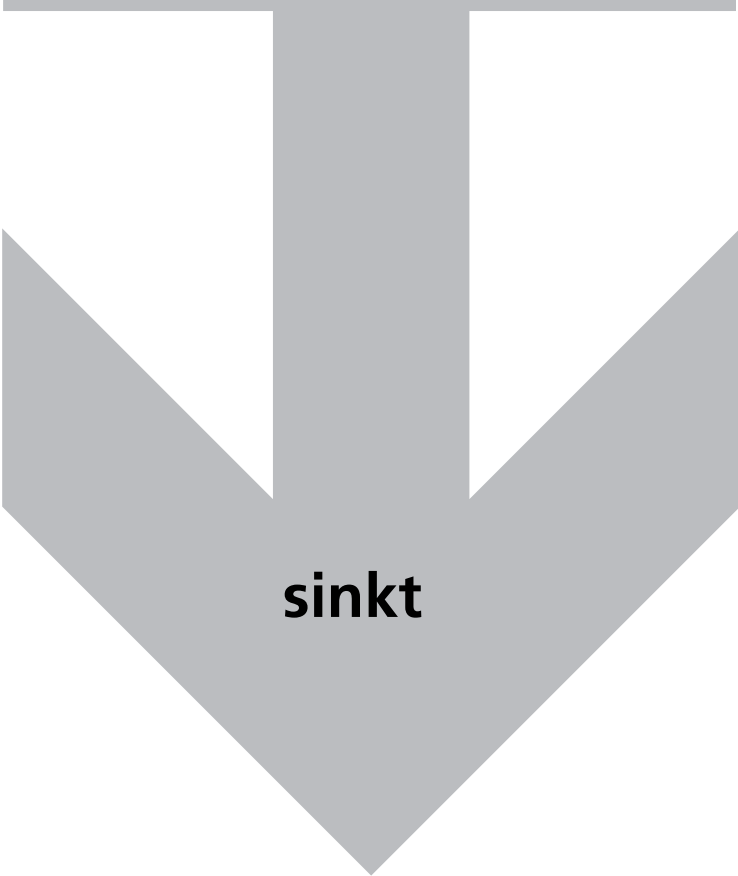
**Nachfrage nach ...**



**steigt**

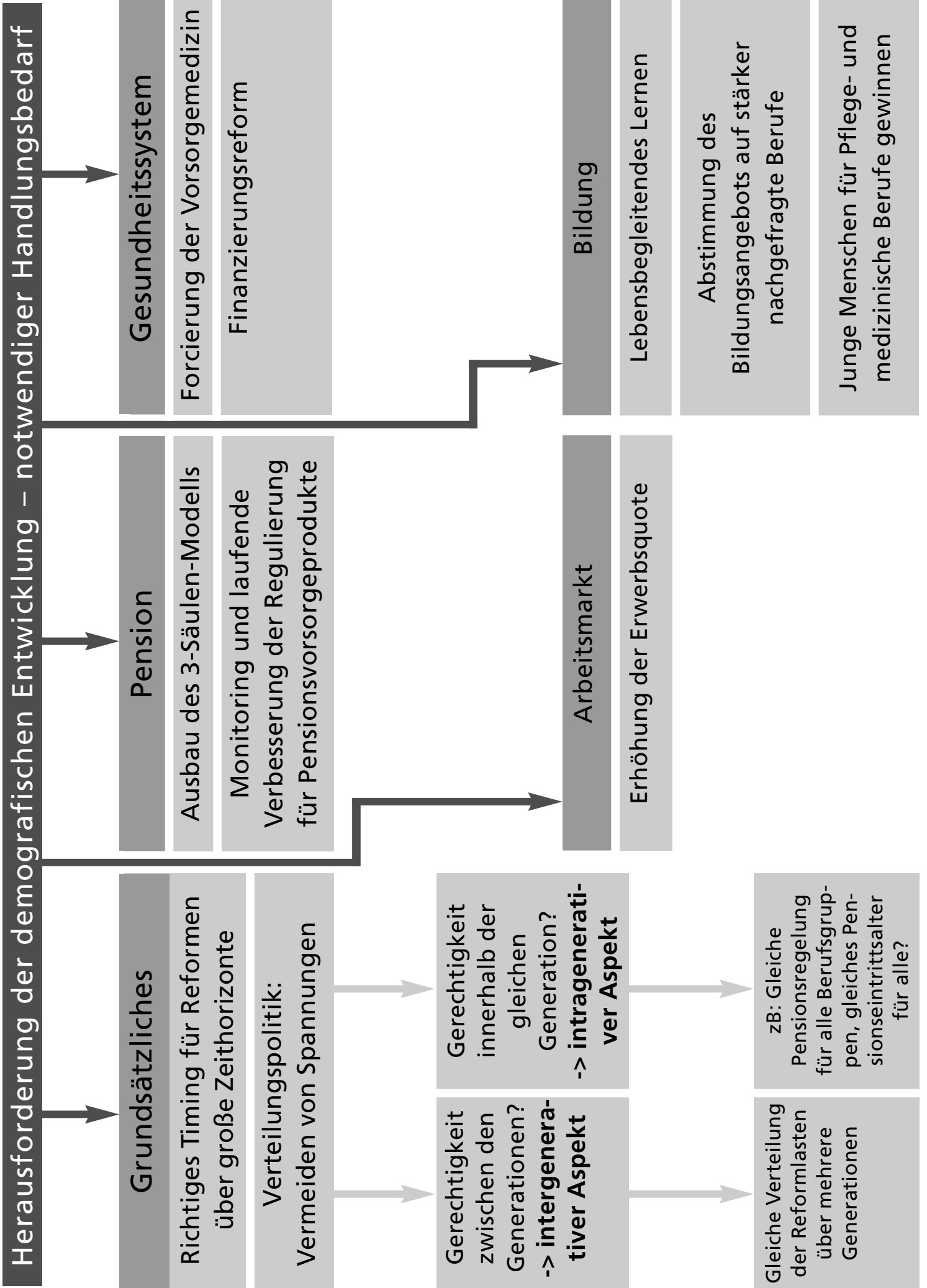


Lebensmitteln  
Medizinischen Leistungen  
Pflegedienstleistungen  
Körperpflegeprodukten  
etc.



Verkehrsdienstleistungen  
Kommunikations-  
dienstleistungsgütern  
Unterhaltungselektronik  
Sportgeräten etc.

**sinkt**



## PRESSETEXTE

Die Presse: 18. Juni 1998

**Arbeitsmarkt-Kollaps durch Überalterung****Viele Pensionisten, wenig Beitragszahler: So wird der Arbeitsmarkt 2020 aussehen.**

Auf dem heimischen Arbeitsmarkt tickt eine Zeitbombe. Während die schwachen Geburtenjahrgänge ins Erwerbsleben nachrücken, geht die starke Baby-Boom-Generation ab 2015 nach und nach in Pension. „Bis dahin müssen Wege gefunden werden, mehr Menschen ins Erwerbsleben zu ziehen“, umreißt der stellvertretende Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) Karl Aiginger das Strukturproblem. Gemeinsam mit dem Statistischen Zentralamt (Östat) wurden am Mittwoch die Ergebnisse der ersten Vorausschätzung des künftigen Arbeitskräfteangebots präsentiert. Was diese Entwicklung für das Budget bedeutet, verdeutlichte Östat-Experte Alexander Hanika: „Derzeit kommen auf sechs Alte und Kinder zehn Erwerbstätige, die sie erhalten. Ab 2020 wird dieses Verhältnis schon 8:10 sein.“ Verschärfend komme hinzu, daß unter den Nichterwerbstätigen heute mehr Kinder sind, die ohnehin von der Familie erhalten werden. Danach werden es aber mehr Alte sein, die durch Pensionen und Krankenpflege zusätzlich das Budget belasten. Wifo-Studienautorin Gudrun Biffl fordert daher rasche politische Weichenstellungen. Ein ähnlich dramatischer Einbruch an Erwerbepersonen sei zwar schon in den 60iger Jahren aufgetreten. Damals gab es aber eine Wachstumsphase und Job-Reserven in der Landwirtschaft. „Für den nun drohenden Mangel an Erwerbstätigen gibt es nur drei Möglichkeiten“, so Biffl. Entweder die Menschen arbeiten bis 70, die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt auf 100 Prozent oder es wandern jedes Jahr 70.000 Arbeitskräfte zu. Realistisch erscheint aber nur ein Mix. Da die Erwerbsbeteiligung – insbesondere der Frauen – in Österreich immer noch weit unter dem EU-Schnitt liegt, müsse deren Anteil angehoben werden. Durch die knappe Budgetsituation werde es aber kaum zu einer Ausweitung der Kinderbetreuung und damit zur leichteren Kombination von Beruf und Familie kommen, meint Biffl. Um Menschen länger im Job zu halten, müsse es eine verbesserte Schulung Älterer und mehr Teilzeitangebote geben. Modelle wie die Solidarpension kommen auf Dauer jedenfalls zu teuer. Auch die prognostizierten 35.000 Arbeitskräfte, die durch die EU-Osterweiterung hereinkommen werden, reichen nicht aus, um die Zahl der fehlenden Beitragszahler zu kompensieren. Am stärksten zurückgehen soll die Zahl der Erwerbsfähigen bis 2030 im Burgenland, der Steiermark und in Kärnten. Genau im Osten und Süden wird zuvor aber auch die Arbeitslosigkeit am höchsten sein. Wien wird das Problem der Überalterung am wenigsten zu spüren bekommen, weil Junge immer dorthin gehen, wo sie die besten Jobaussichten vermuten, meint Biffl. Am Land könnte die Situation aber dramatisch werden, weil alte Menschen oft genau dorthin zurück gingen.

## PRESSETEXTE

APA: 28. August 2003

**IHS- „Generationsbilanz“ – Berechnungen zeigen: Jugend zahlt drauf**

Ein 68jähriger lukriert im Leben beispielsweise 192.000 Euro mehr als er eingezahlt hat.

**Wien** (APA-OTS) - Das Nachrichtenmagazin *FORMAT* berichtet in seiner aktuellen Ausgabe über eine IHS-Studie zur Generationenbilanz, die zeigt, dass das Ungleichgewicht zwischen den Generationen beträchtlich ist.

Die Studie mit dem Titel „Intergenerative Umverteilung, Pensionsreform und Budgetkonsolidierung in Österreich“ berechnet, wie viel eine Generation für die Gesellschaft leistet oder wie viel sie vom Staat bekommt, welche Jahrgänge also im Schnitt zu den Profiteuren und welche zu den Verlierern des österreichischen Sozialsystems gehören.

Das Ergebnis zeigt, dass die Generation Sechzig Plus stark von der Umverteilung profitiert, während die heute 20- bis 35-Jährigen zu den Nettozahlern gehören. So erhält beispielsweise ein heute 68jähriger im Schnitt 192.000 Euro mehr an Leistungen, als er in das System eingezahlt hat. Ein heute 28jähriger wird aber im Laufe seines Lebens 113.000 Euro mehr einzahlen als tatsächlich bekommen, ist also Nettozahler.

Statistisch gesehen steigt ein heute 73jähriger am besten aus: Sein „Generationskonto“ weist ein Plus von 199.000 Euro aus. Am schlechtesten haben es die heute 30jährigen. Sie müssen mit einem Malus von 113.000 (28jähriger) bis 108.000 (33jähriger) rechnen.

Studienautor Reinhard Koman, der diese Berechnungen im Herbst 2001 gemeinsam mit Christian Keuschnigg (Universität St. Gallen) und Erik Lüth (International Monetary Fund, Washington) erstellt hat: „Es gibt ein großes Ungleichgewicht zu Lasten der jüngeren Generation – und dieses Ungleichgewicht ist maßgeblich eines des Pensionssystems.“

Das Konzept der Generationenbilanz wurde von US-Ökonomen Anfang der neunziger Jahre entwickelt und zeigt anschaulich, wie sich die gesamten Zahlungsverpflichtungen eines Staates („echte Staatsschuld“) auf die Altersgruppen verteilen.

## PRESSETEXTE

www.pensionsversicherung.at

**Pensionsreform im Überblick**

Der Nationalrat hat am 11. Juni 2003 im Zuge der Beschlussfassung des Budgetbegleitgesetzes unter anderem auch Änderungen in der sozialen Krankenversicherung und im Versicherungs- und Leistungsrecht der Pensionsversicherung beschlossen.

**Schwerpunkte dieser Änderungen sind**

in der Krankenversicherung für Pensionisten

- die schrittweise Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages von 3,75 Prozent auf 4,25 Prozent im Jahre 2004 und auf 4,75 Prozent ab dem Jahr 2005
- die Einführung eines Ergänzungsbeitrages in der Höhe von 0,1 Prozent zur Finanzierung unfallbedingter Leistungen

**Diese Änderungen treten mit 1. Jänner 2004 in Kraft.**

In der Pensionsversicherung

- die erstmalige Anpassung von Leistungen im zweitfolgenden Kalenderjahr nach dem Stichtag (Beispiel: Stichtag 1. Jänner 2004 – erstmalige Anpassung 1. Jänner 2006)
- die Aufhebung der vorzeitigen Alterspension bei Arbeitslosigkeit; statt dieser Leistung wird künftig aus der Arbeitslosenversicherung ein Übergangsgeld gewährt. Leistungen die bereits am 31. Dezember 2003 bezogen werden, sind davon nicht berührt
- die Aufhebung der Gleitpension; für die am 31. Dezember 2003 laufenden Leistungen gelten die bisherigen Bestimmungen weiter
- die Ausweitung des Bemessungszeitraumes („Durchrechnung“) von derzeit 180/182 Monaten auf 480 Monate (40 Jahre) in Jahresschritten um je 12 Monate
- die Verringerung des Prozentsatzes des Steigerungsbetrages und die Erhöhung der Zu- und Abschläge bei Inanspruchnahme der Leistung nach bzw. vor der Vollendung des Regelpensionsalters (Frauen 60. Lebensjahr, Männer 65. Lebensjahr); eine stufenweise Reduzierung des Prozentsatzes bis 2009 ist vorgesehen

- die Änderung und die Ausdehnung der bestehenden so genannten „Hacklerregelung“ (Übergangsbestimmungen); die betroffenen Jahrgänge werden ausgeweitet und auf besonders schwer belastete Arbeitnehmer ausgedehnt
- die Deckelung der Anspruchsverluste mit 10 Prozent; es wird eine Vergleichspension nach der am 31. Dezember 2003 geltenden Rechtslage berechnet
- Für den Nachkauf von Schul- und Studienzeiten entrichtete Beiträge, die weder den Anspruch auf eine Leistung ermöglichen noch eine Leistung erhöhen, werden erstattet.

**Diese Änderungen treten mit 1. Jänner 2004 in Kraft.**

Ab 1. Juli 2004 wird die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer aufgehoben. Die Bestimmungen (ausgenommen die Pensionsberechnung) gelten jedoch für die Dauer der schrittweisen Anhebung des Anfallsalters an das Regelpensionsalter weiter. Diese Übergangsbestimmung endet am 30. September 2017.

Ansprüche die bereits am 31. Dezember 2003 bestehen, aber wegen dem fehlenden Ende des Dienstverhältnisses nicht in Anspruch genommen werden, sind geschützt.

Weitere Details können Sie der Broschüre entnehmen, die hier zum Download zur Verfügung steht:

<http://www.pensionsversicherung.at/media/54176.PDF>

## PRESSETEXTE

Der Spiegel: 1. Dezember 2003

**Mischkalkulation – Der Mix macht's**

Einbrechende Kapitalmärkte, rückläufige Geburtenraten. Die optimale Altersvorsorge sichert beide Risiken ab. Eine Mischung aus staatlicher Basissicherung und Privatrente im Verhältnis 50:50 gilt derzeit als ideal.

**Hamburg** - Um die Seniorenereinkommen möglichst vielfältig abzusichern, so empfehlen Experten, sollten die jeweiligen Vor- und Nachteile des staatlichen und privaten Finanzierungsweges der Rente ausgewogen kombiniert werden.

Im privaten Kapitaldeckungsverfahren spart jeder sein Altersvermögen selbst an – sei es über Aktien, Kapitallebensversicherungen oder festverzinsliche Wertpapiere. Der Ertrag hängt von der Entwicklung an den Kapitalmärkten ab. Boomen die Börsen beziehungsweise die Rentenmärkte, können die Berufstätigen im Alter hohe Erträge einstreichen. Versinken die Wertpapiermärkte in einer Baisse, wenn die Rente fällig wird, fallen die Altersgelder niedriger aus. Theoretisch kann es sogar sein, dass das eingezahlte Geld überhaupt keinen Wert mehr hat – wenn beispielsweise alles auf eine Aktie gesetzt wurde.

Das staatliche Umlageverfahren dagegen, bei dem die heutigen Beitragszahler direkt die heutigen Renten finanzieren, ist in hohem Maße von der Bevölkerungsentwicklung abhängig. Je mehr Junge nachrücken, desto mehr Beitragsgelder fließen in die Rentenkasse. Schrumpfen die Geburtenzahlen, können die Rentenanprüche bald nicht mehr bedient werden.

Zu den wirtschaftlichen kommen politische Risiken. Privatrenten geraten in Gefahr, wenn Inflationen oder Kriege das angesammelte Vermögen vernichten. Die Staatsrente ist bedroht, wenn Politiker die Alterskassen für andere Zwecke plündern, etwa um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder die eigene Wählerklientel zu bedienen.

Besonders gut, so raten Ökonomen, fahren deshalb Gesellschaften, die beide Systeme etwa im Verhältnis 50 zu 50 mischen. So lassen sich zum Beispiel die Folgen eines anhaltenden Bevölkerungsrückgangs mildern, ohne dass auf der anderen Seite die Gefahr zu groß wird, die Finanzmärkte mit zu viel Anlagekapital zu überschwemmen.

Vom Modellkonzept der Ökonomen ist Deutschland auch nach der Riester-Reform weit entfernt. Während Länder wie die USA oder

die Niederlande tatsächlich rund die Hälfte ihrer Alterszahlungen mit privat oder betrieblich angespartem Kapital unterlegen, stammen in Deutschland noch immer 82 Prozent der Seniorenereinkommen aus dem staatlichen Rentensystem.

Den Preis für die Reformscheu tragen die Beitragszahler. Verlassen sich Länder nämlich vorrangig auf das Umverteilungssystem von Jung zu Alt, verzichten sie auf die Zusatzerträge, die ein angesparter Kapitalstock abwirft. Ökonomen haben errechnet: Um auf dieselben Rentenzahlungen zu kommen, müssen Versicherte im Umlageverfahren deutlich höhere Beiträge aufbringen als die Finanziere eines Mischmodells.

Der Umbau des traditionellen Renten- in ein Privatsystem ist allerdings problematisch und teuer. Denn während der Übergangszeit trägt die dann gerade aktive Generation eine doppelte Last: Die Erwerbstätigen müssen die Ansprüche ihrer Eltern bedienen und zugleich ein eigenes Altersvermögen aufbauen.

Dennoch, so hat der Mannheimer Volkswirt Axel Börsch-Supan ermittelt, rechnet sich auch für die so genannte Sandwich-Generation der Wechsel. Wenn sie das Rentenalter erreicht haben, gleichen die zusätzlichen Erträge der Privatvorsorge die doppelte Zahlungsverpflichtung zumeist aus.

Wie sehr der Umbau des Altersvorsorgesystems auch dem Kapitalmarkt Impulse zu verleihen vermag, zeigt der Umstieg in Großbritannien. Nachdem die konservative Thatcher-Regierung in den achtziger Jahren die staatlichen Pensionen drastisch gekürzt und die private Vorsorge stark ausgeweitet hatte, strömten Milliarden von Pfund in die Kassen von Pensionsfonds und betrieblichen Investmentgesellschaften. In der Folge erhöhte sich das Anlagevermögen fürs Alter auf rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Fast gleichzeitig, heißt es in einer Studie zu den Erfolgen des britischen Systemumbaus, sei London endgültig zur führenden Finanzmetropole in Europa geworden.

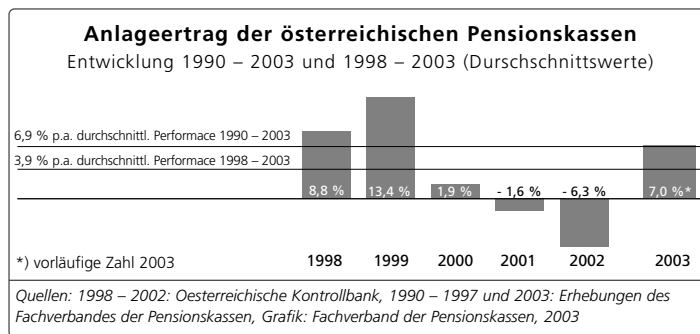
Axel Benker, Chef der Investmentgesellschaft DWS, sieht auch für Deutschland in der Altersvorsorge den Zukunftsmarkt der Fondsindustrie. „Die derzeit 30- bis 40-Jährigen müssen sich heute schon auf das Versorgungsniveau in 30 Jahren einstellen. Für eine ganze Generation wird das bedeuten: entweder mit 30 anfangen zu sparen oder bis 70 arbeiten“, sagt der DWS-Chef. Das sei für die meisten jungen Leute eine schockierende Realität, die viele wachrütteln und zu einem größeren Interesse für Altersvorsorge-Produkte führen werde.

## PRESSETEXTE

Fachverband der Pensionskassen:

28. Jänner 2004, gekürzt

Eine stark steigende Nachfrage nach betrieblichen Zusatzpensionen melden die österreichischen Pensionskassen für das vergangene Jahr. Der Anlageertrag konnte auf durchschnittlich sieben Prozent gesteigert werden (je nach Veranlagungsform zwischen fünf und acht Prozent). Dieses gute Ergebnis liegt im langjährigen Durchschnitt und stabilisiert die Ertragssituation nach den vergangenen schwierigen Veranlagungsjahren. Für 2004 sehen die Pensionskassen insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben ein großes Wachstumspotenzial. Um die Vergleichbarkeit der Pensionskassen sicherzustellen, wird ein einheitlicher „Transparenz-Standard“ entwickelt.



Die heimischen Pensionskassen haben im abgelaufenen Jahr eine stark steigende Nachfrage nach betrieblichen Zusatzpensionen verzeichnet: Mit über zehn Prozent Wachstum wurde das Ergebnis von 2002 weit übertroffen. Insgesamt haben bereits 383.000 Menschen in Österreich einen Anspruch auf eine Zusatzpension bei einer Pensionskasse - das sind rund zwölf Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen. Im Jahr 2002 waren es noch 344.000 Personen. Die gesamte „zweite Säule“ des Pensionssystems erfasst damit bereits über 18 Prozent der Österreicher. Mit 280 Mio. Euro pro Jahr sind die Pensionskassen der größte private Pensionszahler in Österreich.

### Gutes Anlageergebnis stabilisiert Erträge

Nach den weltweit schwierigen letzten Veranlagungsjahren wird die von den Pensionskassen erwirtschaftete Verzinsung des veranlagten Vermögens für das Jahr 2003 rund sieben Prozent betragen. „Das gute Anlageergebnis liegt im langjährigen Schnitt aller Pensionskassen. 2003 war also das Jahr der Stabilisierung“, erläutert der Geschäftsführer des Fachverbandes der Pensionskassen, Dr. Fritz Janda, die mehrjährige Entwicklung.

Zum Abschluss dieser Stabilisierungsphase müssen einzelne Pensionskassen die in den schwierigen Jahren aufgebrauchten Reserven auffüllen. Zusätzlich kommt es bei einem Anbieter zu einer Systemumstellung, weshalb bei einem Drittel aller Berechtigten die Pensionen innerhalb eines Schwankungsbereichs um 0,1 bis zwei

Prozent sinken werden. Zwei Drittel der Pensionen steigen – ebenfalls innerhalb dieses Schwankungsbereichs – oder bleiben gleich.

### Mindestertrag künftig stärker abgesichert

Die Erfahrung aus der mehrjährigen schlechten Wirtschaftslage hat europaweit zu einem Umdenken geführt. Deshalb wurden die Pensionskassen im Jahr 2003 vom Gesetzgeber auf Basis der EU-Richtlinie verpflichtet, durch Bildung von Rücklagen den Berechtigten einen jährlichen Mindestertrag von 1,5 Prozent verstärkt abzusichern. Diese „Mindestertragsrücklage“ ist zweckgebunden und wird im Fall von mehrjährigen Wirtschaftskrisen zum Ertragsausgleich eingesetzt.

### Aufbauarbeit der Pensionskassen bei „Abfertigung neu“

Mit 1. Juli 2002 hat der Gesetzgeber das alte Abfertigungssystem durch ein völlig neues, beitragsorientiertes Kapitaldeckungsverfahren ersetzt. Bereits mit 1. Jänner 2003 mussten die dafür gegründeten Mitarbeitervorsorgekassen in der Lage sein, sämtliche neue Dienstverhältnisse in Österreich zu verwalten. Alle großen Pensionskassen sind an Mitarbeitervorsorgekassen beteiligt oder haben zumindest ein Naheverhältnis zu einer solchen Einrichtung. Nur aufgrund der Erfahrung und des Know-how der Pensionskassen war es möglich, die vom Gesetzgeber kurzfristig erlassenen neuen Bestimmungen in der vorgeschriebenen Zeit zu erfüllen.

### Trend zur „zweiten Säule“ verstärkt sich

Hatten die Zuwächse bei Betriebspensionen in den vergangenen Jahren vorwiegend Großunternehmen betroffen, verzeichnen die Pensionskassen nun auch zunehmend Nachfrage von Klein- und Mittelbetrieben. Diese Entwicklung ist laut Janda darauf zurückzuführen, „dass der Wegfall des alten Abfertigungssystems die Mobilität der Arbeitnehmer steigert. Viele Unternehmen sehen in Zusatzpensionen ein geeignetes Mittel zur längerfristigen Bindung ihrer Mitarbeiter“.

„Österreich befindet sich bei der betrieblichen Altersvorsorge im Aufbruch“, meint Janda. Durch die Veränderungen in der ersten Säule, den ASVG-Pensionen, sehen immer mehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Nutzen eines zweiten Standbeins. Auch wenn in Ländern mit längerer Tradition bei betrieblicher Vorsorge weit höhere Summen verwaltet werden, kann sich das österreichische Ergebnis sehen lassen: „Rund 9 Mrd. Euro werden derzeit von den heimischen Pensionskassen veranlagt. Damit sind die Pensionskassen in Österreich ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. Dieser Trend wird 2004 auch weitere Neugründungen von Pensionskassen hervorbringen“, so Janda weiter.

Der internationale Vergleich zeigt das Potenzial und auch die Bedeutung dieses Sektors: In Nordamerika verwalten Pensionsfonds rund 6.700 Mrd. Euro, in Europa 2.600 Mrd. In Ländern vergleichbarer Größe sind es etwa in den Niederlanden 400 Mrd. und in der Schweiz 300 Mrd. Euro.

## PRESSETEXTE

Salzburger Nachrichten: 4. Oktober 2003

## NOTIZEN

**Ökonom Axel Börsch-Supan: Die Kosten werden enorm steigen und damit die private Zuzahlung**

Ökonomen formulieren mitunter drastisch: „Die Gesundheitskosten werden pro Kopf doppelt so hoch werden. Alles andere ist Wunschenken.“ Axel Börsch-Supan, Ökonom an der Uni Mannheim und Mitglied der deutschen „Rürup-Kommission“, warnt davor, die Augen vor den Problemen zu verschließen, die die Alterung der Gesellschaft für das Gesundheitssystem bedeutet. Mittelfristig müssten sich die Versicherten auf doppelt so hohe Krankenversicherungsbeiträge wie heute gefasst machen, sagt der Wissenschaftler. Und darauf, zusätzlich die Hälfte der Kosten aus der eigenen Tasche zu bezahlen.

Optimisten, die ins Treffen führen, dass die Menschen aufgrund geänderter Lebensweise länger gesund blieben und daher hohes Alter nicht zwangsläufig explodierende Gesundheitskosten mit sich bringe, hält Börsch-Supan entgegen, dass dieser Effekt allein schon durch die Teuerung des medizinischen Fortschritts wettgemacht werde. Wirklich entscheidend sei dieselbe Frage wie beim Pensionssystem: Wie können immer weniger Aktive die Versorgung von immer mehr Alten bezahlen?

Ein erprobtes Modell als Antwort darauf gebe es noch nicht, sagt Börsch-Supan. Am geeignetesten erscheint dem Wissenschaftler eine Abkoppelung der Gesundheitsausgaben vom Lohn. Statt eines am Erwerbseinkommen orientierten prozentuellen Krankenversicherungsbeitrags solle eine fixe Prämie an die Krankenversicherung bezahlt werden, schlägt der Wissenschaftler vor. Für jene, die diese nicht aufbringen können, springe Vater Staat mit Steuergeldern ein. Dies ist ein Vorschlag, den die „Rürup-Kommission“ der deutschen Regierung zur Sanierung des Gesundheitswesens unterbreitet hat.

Einwände, solcherart werde der Grundsatz einer solidarischen Mittelaufbringung unterlaufen, lässt der Wissenschaftler, der dieser Tage beim „European Health Forum“ in Bad Gastein referierte, nicht gelten. Schließlich sei auch die Mittelaufbringung über Steuern solidarisch, dies vor allem, da Deutschland wie Österreich ein progressives und somit schon sozial gestaffeltes Steuersystem habe. Das Modell einer für alle gleichen Prämie entlaste zudem massiv die Lohnnebenkosten, führt Börsch-Supan ins Treffen.

Den Sozialstaat sieht er durch höhere private Zuzahlungen zum Gesundheitssystem nicht untergehen. „Er wird in 20 Jahren nicht mehr so üppig sein wie jetzt. Aber deshalb ist er nicht weg“ und werde immer noch wesentlich mehr Absicherung bieten als das amerikanische System. Die Menschen würden ihr Geld dann eben anders ausgeben: weniger für Wohnkultur, Autos und Reisen, mehr für Gesundheit und Pension.

**NEU! >> AWS-NEWSLETTER**

Ab Mai 2004 wird ca. vierteljährlich in Form eines E-Mails der AWS-Newsletter erscheinen. Er informiert Sie über unsere neuen Produkte, geplante Veranstaltungen sowie die Aktualisierung der Internet-Version verschiedener Medienpakete.

Wenn Sie Interesse an der Zusendung unseres Newsletters haben, senden Sie bitte ein E-Mail an [argews@wko.at](mailto:argews@wko.at)

**NOTIZEN**

**IMPRESSUM**

Eigentümer, Herausgeber  
und Verleger:

Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft  
und Schule AWS

Redaktion und für den Inhalt  
verantwortlich:

Mag. Josef Wallner

Beide:

1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63  
Postfach 109

Grafische Gestaltung:  
design.willmann

Belichtung und Druck:  
Hans Jentsch & Co

Ideelle und materielle Unterstützung  
erhalten wir von unseren  
Mitgliedsverbänden:

- Wirtschaftskammer Österreich
- Österreichischer Sparkassenverband
- Volkswirtschaftliche  
Gesellschaft Österreich



Österreichische Post AG  
Info.Mail Entgelt bezahlt